

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.00 Mk. monatlich 1.20 Mk.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus
Einzelnnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Illustrierter Sonntags-
beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Abonnement 1.20 Mk. pro Monat
eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.50 Mk. für das übrige Ausland
4 Mk. pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die feinstgezeichnete Annoncen-
stelle über deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
'Kleine Anzeigen', das feinstgedruckte
Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 feinstgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellungsgebühren und Schlußzeilenan-
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 15. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Briand und Sonnino zum Friedensangebot

Briands Manöver.

Herr Briand hat am 13. Dezember in der französischen
Kammer das amtliche Friedensangebot als ein Manöver be-
zeichnet, um unter den Alliierten Uneinigkeit zu
erregen. Nach der Rede Briands muß man sich fragen, ob
dieser Versuch nicht schon gelungen ist. Denn während Lloyd
George, obwohl er am Mittwoch dem Kriegsrat präsi-
diert hat, seine Stimme schont, und während der italienische Minister
des Auswärtigen Sonnino auf eine Anfrage Baslini mit
diplomatisch nichtsfahenden Redewendungen antwortete, hat
sich Herr Briand bereit, der Welt zu zeigen, daß von allen
Kriegsregierungen der Entente - trotz Trepow und Lloyd
George - die seine, die neu umgebildete, doch die aller-
strammste ist.

Auf diese Weise hat er noch immer ein Vertrauensvotum
mit 314 gegen 165 Stimmen herausgewirtschaftet, und hat
sich damit als der Meister des kleinen parlamentarischen
Schachspiels erwiesen, als den ihn die Welt kennt. Aber auch
als Meister der großen Politik?

Die Rede des klugen Sonnino liest sich geradezu wie ein
Verweis an den vorlauten Briand: „In einer so heißen
Angelegenheit ist es sehr wichtig, daß die Alliierten in vollem
Einvernehmen vorgehen, nicht allein in bezug auf Kern und
Wesen dessen, was mitzuteilen sein wird, sondern auch hin-
sichtlich der Schattierungen und der Form.“ So Herr
Sonnino. Herr Briand hat aber „Schattierung und Form“
seiner Rede so gewählt, daß ihm die im Hintergrunde
lauernden Clemenceau und Lardieu keinen Strich drehen
konnten. Aber jetzt findet sich einer vielleicht anderswo!

Herr Briand kann freilich zu seiner Entschuldigung sagen,
daß bei ihm alles nur „Schattierung und Form“ war und
nichts „Kern und Wesen“. Er hat uns verraten, daß er
über das Friedensangebot der Mittelmächte höchst auf-
gebracht ist, und das er die Klärung der politischen Lage, die
damit eingetreten ist, äußerst peinlich empfindet. Er hat
nicht gesagt, daß die Alliierten das von ihm heruntergerissene
Angebot von der Schwelle zurückweisen werden. Ja, wenn
man Optimist sein will (und wer hätte in dieser Zeit nicht
das Bedürfnis danach?) kann bemerken, daß die stehende
Redewendung vom „Krieg bis zum Endsieg“ fehlt. Auch der
Bassus: „Dies ist das, was man dem ruhmreichen und
aufrechtstehenden Frankreich zu bieten hat!“ läßt vielleicht
auf den Wunsch schließen, mehr zu er-
fahren.

Kein Mensch in Deutschland bestreitet, daß sich die Fran-
zosen glänzend geschlagen und daß sie sich mit heroischer Kraft
aufrechterhalten haben. Man glaubt aber in Deutschland
hinzufügen zu dürfen: die militärische Lage ist trotz alledem
nicht so, daß sie die Aufstellung französischer Eroberungs-
ziele rechtfertigt, und sie wird nach menschlichem
Ermeßen auch nie so sein. Denn nicht nur Frankreich
- auch Deutschland steht aufrecht, die
Deutschen haben sich gegen eine ungeheure Uebermacht
ruhmvoll behauptet, und sind nicht in der Lage, werden nie
in die Lage kommen, sich die Friedensbedingungen von einem
übermächtigen Sieger diktieren lassen zu müssen. Wollte man
bloß dies in Frankreich anerkennen, so wäre schon unendlich
viel erreicht.

Daß man sich gegen diese Erkenntnis sträubt, ist ein Un-
glück für die Welt im allgemeinen und für Frankreich im be-
sonderen. Herr Briand behauptet immer noch - trotz des
russischen Geheimbefehls von 1912 - daß Deutschland allein
schuld am Ausbruch des Krieges trage. Solche patriotische
Legenden werden nicht leicht zerstört. Nun aber bietet dieses
Deutschland, das die alleinige Schuld an dem Kriege tragen soll,
einen Frieden auf Grundlage der Erkenntnis, „daß seine
Rechte und begündeten Ansprüche in keinem
Gegensatz zu den Rechten der anderen Natio-
nen stehen.“ (Note vom 12. Dezember.) Weder Briand
noch irgend ein anderer Wortkünstler der Welt kann bestreiten,
daß alle künftige Blutschuld auf die Entente fallen würde,
wenn diese den Eintritt in Verhandlungen ablehnen sollte.

Herr Briand ist nicht so weit gegangen, die Ablehnung offen
auszusprechen. Immerhin sieht er in dem Vorschlag der
Mittelmächte nicht nur ein Manöver, um unter den Alliierten
Uneinigkeit zu säen, sondern auch „einen Versuch, die Ge-
wissen zu verwirren und die Völker zu demoralisieren“.
Wirklich und wahrhaftig: die Völker zu demoralisieren!

Wenn ein Volk, das den Frieden will, demoralisiert ist,
dann ist das deutsche Volk längst „demoralisiert“. Es hat
den Krieg satt bis über die Ohren, aber, - merkwürdig! - es
versteht ihn trotzdem bis über Bukarest hinaus zu führen,
wenn die Gegner es dazu zwingen. Wollten doch alle
Völker bald auch so unmoralisch sein, Frieden zu verlangen!

Indes, Herr Briand sagt am Schluß: „Man muß
nachdenken.“ Dieser Zwang zum Nachdenken, den die
Mittelmächte ihren Gegnern auferlegt haben, ist entschieden
besser als der Zwang, den Krieg endlos weiterzuführen. Zwei-
einhalb Jahre lang hatte die Vernunft in Europa keine
Stätte. Wenn man jetzt nachzudenken anfängt, so ist das
schon ein erster Erfolg.

Briands Rede.

Paris, 14. Dezember. (Agence Havas.) In der gestrigen
Nachmittags-Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Briand
folgende Erklärungen ab:

Im Laufe der zehn Geheimhaltungen wurden zwei Fragen ab-
getrennt und in der von der Kammer angenommenen Vertrauens-
tagesordnung ausgedrückt. Erstens die Frage betr. die Kriegs-
leitung, d. h. die Leitung unter Mitwirkung des Kriegsaus-
schusses, sodann die Frage betr. Abänderungen des Oberbefehls.
Dieser Kriegsauspruch wird alle Völkern zu raschen Ent-
scheidungen mit den entsprechenden Mitteln zur Ausführung er-
halten. Er wird fast dauernd tagen und wird darüber wachen,
daß die Erzeugung gesteigert, die Verproviantierung geregelt und
eine gerechte Verteilung unter die Zivilbevölkerung und das Mi-
litär gesichert wird. Ohne einen übertriebenen Optimismus zu
nähren, der heute mehr als je darin besteht, die Ueberzeugung
von der Gewissheit des Sieges zu fördern, dürfen wir nicht ver-
gessen, daß sich die deutschen Truppen fast auf uns allein gleich zu
Beginn gestürzt haben. Frankreich hat den Stoß ausgehalten und
einen entscheidenden Sieg möglich gemacht.

Nirgends sind die Erfolge der Deutschen entscheidend gewesen.
Es ist wahr: das tapfere Rumänien mußte weichen. Das ist
traurig, aber seine auf die russischen Heere gestützte Armee wird
sich wieder aufrufen, denn die orientalische Frage ist noch weit
von einer Regelung entfernt, und morgen wird sich eine neue Front
bilden, die die feindliche Front in Bewegung setzen wird. Man
wird sagen:

Das Jahr 1916 hat den Sieg nicht gebracht,

aber man muß den Tatsachen ins Gesicht sehen. Nun aber hat die
deutsche Armee den Sieg nicht errungen. Denn nach acht Monaten
haben wir den Sieg von Verdun zu unseren Gunsten gebucht.

Der Kriegsausbruch wird keine Störung im Lande hervor-
rufen. Wir werden requirieren, was notwendig ist. Wir werden
die Regelung gewisser Fragen durch Diktat verlangen; denn die
Gehebe würden für die Regelung zu langsam sein. Wir werden das
Alkoholverbot verlangen. Aber es ist gewiß, daß sich der diktato-
rische Wille des Feindes kundtut, der Wille, sich im Frühjahr den
Sieg zu sichern, dadurch, daß er seine ungenügenden Rammschafts-
bestände durch sein Kriegsmaterial ergänzt.

Auf das

Friedensangebot der Mittelmächte

und die Rede des deutschen Reichskanzlers anspielend sagte
Briand:

Ich habe die Pflicht, mein Land vor einer möglichen Ver-
siftung zu warnen. (Lebhafte Beifall.) Wenn ein Land sich
bis zu den Zähnen bewaffnet, wenn es unter Verletzung der Völker-
rechte überall Menschen ausbeutet, um sie zur Arbeit zu zwingen, -
wenn ich in diesem Augenblicke meinem Land nicht zurief: Achtung!
Seid auf der Hut! so wäre ich sehr strafbar. (Beifall und Zurufe.)

Man macht uns den Vorschlag, über den Frieden zu
verhandeln in einem Augenblicke, wo Belgien, Serbien und zehn
französische Departements vom Feinde besetzt sind. Unbestimmt
und dunkel, aber mit feierlichen Worten sucht man die unruhigen
Gewissen und die Herzen in Ländern, die um so viele
Tote trauern, zu bewegen. (Beifall.) Was sehen wir in dieser
Rede? Zu allererst einen Schrei, um die Neutralen und das
deutsche Volk zu täuschen: „Nicht wir sind es, die diesen schrecklichen
Krieg gewollt haben; er ist uns aufgezwungen worden.“ Auf diesen
Schrei will ich zum hundertsten Male antworten: „Nein, ihr
waret die Angreifer! Was ihr auch sagen mögt, es sind
Tatsachen vorhanden, die es euch beweisen. Das Blut kommt
über euer Haupt, nicht über das unfreie.“ (Lebhafte Beifall.) Ich
habe das Recht, auf diese plumpe Falle hinzuweisen. Beth-
mann sagte: „Wir wollen unseren Völkern alle Mittel zur Wohl-
fahrt, die sie nur wünschen können, geben. Und den anderen
Völkern bietet er als Almosen, er wolle ihnen gern zugestehen, sie
nicht vernichten zu wollen. Nach der Marne-Schlacht und nach
Verdun ist dies das, was man dem ruhmreichen, dem aufrecht
stehenden Frankreich anbietet. (Lebhafte Beifall.) Ein derartiges
Dokument - man muß nachdenken und sehen, welchen Zweck es
verfolgt. Von dieser Tribüne herab habe ich das Recht zu sagen:
es ist ein Manöver, ein Versuch, unter die Alliierten
Uneinigkeit zu säen, die Gewissen zu ver-
wirren und die Völker zu demoralisieren.“

Die Kammer nahm mit 314 gegen 165 Stimmen eine
Vertrauensstagesordnung an.

Joffre oberster Kriegsberater.

Genf, 14. Dezember. (W. T. B.) Aus Paris wird ge-
meldet: Der Präsident der Republik unterzeichnete auf Grund
eines Berichtes des Kriegsministers folgenden Erlass: General
Joffre, Oberbefehlshaber der französischen Armee, übernimmt
bei der Regierung die Rolle eines sachmännischen Beraters
betreffend die Leitung des Krieges.

Sonnino über das Friedensangebot.

Wie „Tribuna“ meldet, hat sich der schweizerische
Gesandte am 13. d. nachmittags auf die Consulta be-
geben. Er wurde von Sonnino empfangen, dem er
vermutlich die Note mit dem Friedensangebot der Mittel-
mächte übergeben hat.

Rom, 14. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.)
Am Ende der Kammer-Sitzung vom Mittwoch erklärte Sonnino
inmitten gespanntester Aufmerksamkeit als Antwort auf eine
Anfrage Baslini:

Es ist wahr, daß der schweizerische Gesandte mir eine Note der
deutschen Regierung und der drei mit ihr verbündeten Mächte über-
geben hat, die besagt, daß

Friedensverhandlungen

begonnen werden sollten. (Zeichen der Bewegung.) Der schweizerische
Gesandte sagte bei, daß er diese Vermittlung in seiner Eigenschaft
als Vertreter der deutschen Interessen in Italien übernommen und
keineswegs die Absicht habe, irgend welche Vermittlung zu unter-
nehmen, sondern nur zu übermitteln.

Ich antwortete, indem ich Akt davon nahm und danke. Um
auf das in der Anfrage Baslini gestellte Verlangen zu antworten,
erkläre ich schon jetzt, daß in der Note keine einzige genaue
Bezeichnung der Friedensbedingungen enthalten ist,
auf Grund deren man versuchen wolle, in Friedensunterhandlungen
einzutreten. Im übrigen wurde der Text der Note durch die „Agenzia
Stefani“ in Uebersetzung wiedergegeben. (Sonnino verlas sodann
die auf die Friedensbedingungen bezüglichen Worte der Note und
fuhr fort:) Das ist alles. Im übrigen handelt es sich um Kriegs-
betrachtungen. Ich antwortete dem schweizerischen Gesandten, daß
ich natürlich mich zuerst mit meinen Kollegen und mit den ver-
bündeten Regierungen verhandigen müsse, hinsichtlich der
Antwort auf diese Note, die ebenfalls zwischen den vier feindlichen
Mächten vereinbart worden ist. Ich möchte den Abgeordneten, der
mich interpelliert hat, sowie die anderen Abgeordneten, welche dies
ebenfalls vorhaben sollten, darum ersuchen, diese Debatte nicht in
die Länge zu ziehen (alle meine Zustimmung) und zwar
aus folgenden Gründen nicht:

In einer so heißen Angelegenheit ist es sehr wichtig, daß die
Alliierten in vollem Einvernehmen vorgehen, nicht allein in bezug auf
Kern und Wesen dessen, was mitzuteilen sein wird, sondern auch hin-
sichtlich der Schattierungen und der Form. (Allgemeine Zustimmung.) Das
wäre nun unmöglich, wenn jeder seine besonderen Eindrücke von vorn-
herein bekanntgeben wollte. Ich habe nichts weiteres beizufügen.
(Sehr lebhafter und allgemeine Zustimmung.)

Baslini dankte dem Minister für die sofortige Be-
antwortung seiner Anfrage. Um der berechtigten Einwendung
Sonninos Folge zu geben, verlange er keine weiteren Er-
klärungen. (Sehr gut!) Die Sitzung wurde aufgehoben.

Der Regierungswechsel in Wien.

Seine Ursachen.

Die Wiener Blätter erklären einer Wolff-Meldung
zufolge, daß der Rücktritt des Kabinetts Koerber zum Teil
auf den Widerstand zurückzuführen sei, den ein Teil
der deutschen Abgeordneten der Wiederer-
öffnung des Parlamentes entgegengestellt habe;
andererseits stehe vermutlich im Zusammenhang mit der
Lösung der von dem Ministerium Stuerghs vorbereiteten
Ausgleichsfrage mit Ungarn. Uebereinstimmend
gelangt in den Blättern das Bedauern über den Rücktritt
Koerbers zum Ausdruck, der lieber keine Person als seine
Grundzüge zum Opfer gebracht habe.

Den neuen Ministerpräsidenten v. Spih Müller, der
als Handelsminister im früheren Kabinett großen Anteil an
den Verhandlungen Stuerghs mit Ungarn über die Frage des
Ausgleichs hatte, bezeichnen die Blätter als geeigneten Mann,
das Ausgleichswerk zu Ende zu führen.

Es ist kaum anzunehmen, daß über die Eignung des
Herrn v. Spih Müller, das Ausgleichswerk mit Ungarn zu
Ende zu führen, volle Uebereinstimmung herrscht. Man sah
vielmehr in Wien das Hauptverdienst Koerbers darin, daß er
eine Revision dieses von Spih Müller als Handelsminister
im Kabinett Stuerghs eingeleiteten Ausgleichs anstrebte.
Kurz gesagt: Koerber wollte Österreich eine gün-
stigerer Stellung im Verhältnis zu Ungarn sichern als Spih Müller
sie ihm verschafft hatte. Wenn Koerber geht, Spih Müller kommt,
so beweist das, daß alles wieder so werden soll, wie Tisza
und Spih Müller gewollt haben.

Der Teil der deutschen Abgeordneten, der dieses Ergebnis mit herbeigeführt hat, sind die radikalen Nationalisten, die durch Quertreiberei gegen die Wiedereinberufung des Parlaments und übertriebene Forderungen nach „realen Garantien“ im Innern die Stellung Oesterreichs gegenüber Ungarn schwächten.

Das Echo des Friedensangebots. Die Neutralen.

Das Aufsehen, das das deutsche Friedensangebot bei den Neutralen macht, die teils unter dem Kriege mitleiden (das betrifft namentlich Arbeiter und Mittelstand), teils ungeheure Profite aus ihm ziehen, ist natürlich ungeheuer. Die Presseäußerungen liegen bisher erst in telegraphischen Auszügen vor, die naturgemäß kein völlig treues Bild bieten. Dennoch läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der Eindruck des deutschen Schrittes ganz überwiegend ein vorzüglicher ist; er löst, wenn nicht Jubel und Freude, zum mindesten Hoffnung und günstige Erwartung aus. Der Eindruck, daß die deutschen Sympathien seit dem 12. Dezember stark gestiegen sind, ist unverrückbar.

Die Schweiz.

Die Schweiz ist wohl der neutrale Staat, dessen Leiden am meisten die Gewinne überwiegen. Entsprechend ist die Freude hier am stärksten.

Das „Berneer Intelligenzblatt“ mißt dem deutschen Schritt „eine überragende Bedeutung“ bei. Niemand könne die gewaltige Erschütterung der Ententestaaten leugnen, ebenso wenig den ungeheuren Vorsprung der deutschen Waffen vor den Alliierten. Weiter heißt es:

Die glatte Ablehnung des Vorschlages wäre das größte Verbrechen, welches die Geschichte aufzuweisen hat, da es sich hier nicht um unbewußte Entwicklung oder ein Spiel des grausamen Zufalls, sondern um den auszusprechenden klaren Willen zum Guten oder Bösen handelt.

Den Eindruck, den das Friedensangebot in Bern gemacht hat, bezeichnet der „Bund“ als „außergewöhnlich tiefgehend“. Die Optimisten sehen schon den Friedensengel am Himmel schweben, aber selbst die Pessimisten könnten „ein freundliches Gefühl nicht ganz unterdrücken“. Der bekannte Militärkritiker des „Berneer Bundes“ betrachtet den deutschen Schritt im Lichte der Kriegslage und kommt zu folgendem Schluß: Er ist nicht in einem Augenblick vorübergehender Erfolge, sondern in einem Zeitpunkt erfolgt, da die strategische Entwicklung sich zu kristallisieren beginnt, obwohl bei einer Richtannahme noch unendlich riesenhafte Kämpfe blutigen müssen, um ihn in allgemeiner Betrübnis ersterben zu lassen.

Das „Berneer Tageblatt“ schreibt: Wenn nicht, dann laden sie eine unsühnbare Schuld auf sich, ohne darum die Entschädigung der Verbündeten wirkungslos zu machen, denn der bisher schlichtern gebegte Friedensgedanke ist nicht mehr anzubringen.

Ebenso geben die „Basler Nachrichten“ zu, daß die Erklärung der Friedensbereitschaft im Augenblick imponierender Waffenerfolge „etwas Großes an sich hat“. Man habe den Neutralen oft Schweigen anempfohlen, aber heute sei es Menschheitspflicht, der Ablehnung des Friedensvorschlages auch mit den schwächsten Mitteln entgegenzuarbeiten.

Charakteristisch für die Stimmung der Schweiz ist schließlich der Umstand, daß selbst das extrem franzosenfeindliche welsch-schweizer „Journal de Genève“ sich in seinem Leitartikel für einen Kompromißfrieden ausspricht und meint, daß man mit Unrecht in dem deutschen Schritt „einen Beweis dafür sehen würde, daß sich das Deutsche Reich am Ende seiner Kräfte fühlt“. Es nennt dann das deutsche Vorgehen „die härteste Probe für den Londoner Vertrag“ und fährt fort:

Es ziemt sich für ein Organ eines neutralen Landes nicht, Wünsche für Fortsetzung des Kampfes zu äußern. Der Triumph des Unrechts und der Unterdrückung, der Verlust der Unabhängigkeit der existenzberechtigten kleinen Völker würde und allerdings noch ein größeres Unglück scheinen, als die Fortsetzung des Krieges, aber der Friede erscheint uns wünschenswerter als ein vollständiger Triumph für die Völker, die ihn verdienen.

Die Niederlande.

Auch in den Niederlanden ist der Ausdruck der Hoffnung und Freude ganz überwiegend. Das „Allgemeine Handelsblad“ meint, daß alle, die Verlangen nach dem Ende dieses schrecklichen Kampfes zeigen, Ursache zur Freude haben. „Nieuw Rotterdamse Courant“ zweifelt an dem Gelingen der deutschen Initiative.

Es könne aber in England die Zeit kommen, wo die Regierenden, die jetzt vielleicht geneigt seien, die deutschen Friedensvorschläge hochmütig zurückzuweisen, den Tag des Friedensschlusses und den Augenblick, wo sie ihrem Volke gegenüber Rechenschaft abzulegen haben werden, scheuten. Dies würde für den Frieden die größte Gefahr sein, und es wäre gut, wenn in den Ententeländern eine Partei entstünde, die dagegen ein Gegengewicht bilde.

(Ueber die Stellung von „Het Volk“ siehe unsere eigene Meldung.)

Eine sehr scharfe Kritik an der Haltung der französischen und englischen Presse übt „Nieuws van den Dag“:

Die Sprache der französischen und der englischen Presse habe jede Befürchtung noch übertrumpft. Das sei die Sprache von Besessenen. Diese Helden der Feder begingen jeden Tag, den ihnen Gott schenkt, ein Verbrechen an der Menschheit.

Dänemark.

Mehr als Worte spricht die Tatsache, daß die Kanzlerrede auf der Börse einen allgemeinen Kurssturz verursachte, einzelne Papiere fielen gegen 100 Proz. (In Dänemark machen gewisse Kriegsindustrien geradezu phantastische Gewinne.) Trotzdem ist die Aufnahme des deutschen Friedensanerbietens sehr freundlich, wenn auch daran zweifelt wird, daß die Ententemächte es annehmen werden. „Politiken“ spricht von einem „Wendepunkt in dem Kriegsdunkel“. „Nationaltidende“ führt aus, daß der Kaiser und der Reichskanzler seit langem zum Frieden bereit gewesen seien und schlägt:

Werden die Ententemächte das Angebot des Deutschen Kaisers und seiner Verbündeten zu dem Versuch benutzen, den großen Weltkrieg abzuschließen, der droht, Europa für unabsehbare Zeit zu vernichten? Das ist die wirklich weltgeschichtliche Frage, auf deren Beantwortung die ganze Welt jetzt in furchtbarer Spannung wartet.

Bei dem großen Einfluß der dänischen Sozialdemokratie können die Ausführungen des „Sozialdemokraten“ als besonders wichtig angesehen werden, der schreibt:

Der 12. Dezember wird sicher in der Geschichte als einer ihrer größten Marksteine eingetragen werden. Deutschland und seine Verbündeten haben die Hand dem Gegner zur Verhandlung entgegenstreckt. Sie taten damit den ersten Schritt zum Frieden, nach dem sich die ganze Menschheit sehnt. Man muß

hoffen, daß dieses den Anfang zum Ende des furchtbaren, zerstörenden Krieges ist. Das Blatt meint, daß man in den Ententeländern es der Mühe wert halten werde, zu hören, was die Mittelmächte wollen, und sei erst einmal der erste Schritt auf dem Wege der Verhandlungen getan, so lasse sich die Bewegung zum Frieden nicht mehr aufhalten.

Schweden und Norwegen.

Auch in Schweden hat das Friedensangebot der Mittelmächte einen guten Eindruck gemacht, die liberale wie konservative Presse begrüßt den 12. Dezember einstimmig als einen „Markstein in der Geschichte des Weltkrieges“.

Stockholms „Tidningen“ schreibt: Einer der Kämpfenden hat gesagt: Ich bin bereit aufzukleben. Millionen Menschen warten in Spannung auf die Antwort.

„Svenska Dagbladet“ meint: Was die Mittelmächte anbelangt, so ist die Sachlage jetzt klar. Sie heißen eine Vermittlung willkommen. Wird man jetzt erleben, daß sich die ganzen Bemühungen der Ententemächte darauf richten, die Annahme des Vermittlungsauftrages durch die neutralen Staaten oder durch einen Neutralen zu verhindern? Das wäre ein unglückseliger Beweis dafür, daß man auf dieser Seite erst mit einem zu Boden geschlagenen, der Willkür des Gegners unterworfenen Deutschland verhandeln will.

Stockholms „Dagblad“ bemerkt: Zweifellos wird die Ententepresse versuchen, das Angebot der Mittelmächte als Zeichen der Schwäche auszuliegen. Die Mittelmächte können darauf mit dem einen Wort „Vularet“ antworten. Noch schärfer heben „Dagens Nyheter“ die starke Stellung der Mittelmächte hervor.

Pranting in „Socialdemokraten“ vermißt in der Rede des Reichskanzlers klare Bedingungen, aber selbst er muß zugeben, daß der Friedenswille der Mittelmächte aufrichtig sei.

„Nya Dagligt Allehanda“ schreibt: Deutschland gebührt jetzt der Ruhm, laut der Welt künden zu haben, daß es den Krieg nicht länger fortzusetzen wünscht, als die harte Notwendigkeit, „für die reale Sicherheit seiner Grenzen zu kämpfen“, verlangt.

„Aftonbladet“ meint, man könne sich nur schwer denken, werde, wie es das Reuters Telegramm mit seinem wenig passenden höflichen Ton tut.

In Norwegen scheint der Eindruck ähnlich zu sein, doch fehlen hier einstweilen noch Einzelheiten.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten bleibt, wie bisher in ähnlichen Situationen, zunächst für uns ein ungelöstes Problem. Da wir keine direkte Verbindung mit Amerika haben, kann das, was Reuter und Habas uns zu übermitteln für gut befinden, ebenso gut Stimmungsmache wie Wahrheit sein. Nach Stimmungsmache schmeckt es, wenn Londoner und Pariser Blätter den Versuch machen, auf Grund eines Satzes aus einer Rede Wilsons zu erklären, daß dieser sich für die Alliierten erklärt habe; ebenso, wenn Habas meldet, daß offizielle Kreise der Ansicht seien, Deutschland sei nicht in der Lage, den Frieden auf einer für die Alliierten annehmbaren Grundlage abzuschließen. Einzelne ganz kurze Blätterauszüge erwecken den Eindruck starker Englandfreundlichkeit, so wenn „Globe“ das deutsche Friedensangebot mit dem vergleicht, das Napoleon im Jahre 1812 aus Moskau an den Zaren Alexander richtete. Aber schon manchmal ist der erste Eindruck der amerikanischen Stimmung falsch gewesen, man tut gut, das weitere abzuwarten.

Troelstra und „Het Volk“.

Amsterdam, 12. Dezember. (Eigene Meldung.) Die übergroße Mehrheit der Presse begrüßt das deutsche Friedensangebot mit Ausdrücken der lebhaftesten Freude. In seltsamem Gegensatz dazu steht „Het Volk“, das neben der liberalen „Tijds“ die skeptische Note repräsentiert. Das ist um so auffälliger, als sogar der deutschfeindliche „Telegraaf“ verhältnismäßig gedämpfte Töne anschlägt. „Het Volk“ bemängelt vor allem das Fehlen formulierter Friedensbedingungen. Ein großer Teil der Menschheit mißtraue dem offiziellen Deutschland. Einstweilen händen die Entente und die Neutralen der Erklärung Deutschlands, seine Gegner nicht zerschmettern zu wollen, zweifelnd gegenüber, da das offizielle Deutschland von Recht und Menschlichkeit bisweilen Auffassungen habe, die himmelweit von den normalen anderer Länder abweichen. Sei das Angebot vielleicht nur ein politischer Schachzug? Wenn die Friedensbedingungen zeigen würden, daß Deutschland die Welt Herrschaft anstrebe, werde ein Entrüstungsschrei durch die Welt gehen. Jedenfalls sei die Entente verpflichtet, angebotene Unterhandlungen anzunehmen. Das deutsche Angebot beschleunige zweifellos den Frieden und stärke die Friedensparteien.

In direktem Gegensatz zu diesen verdrossenen Auslassungen stehen Troelstras gestrige Kammerworte, die wörtlich lauten:

„Das Angebot ist durch das ganze niederländische Volk mit tiefer Bewegung begrüßt worden. Es ist ein Lichtstrahl in der Finsternis. Ich hoffe, daß die Entente das Angebot annimmt, und bin gewiß, daß meine Partei herzliche Sympathien dafür hat.“

Das steht in direktem Gegensatz zur Behauptung von „Het Volk“, daß man in den Massen keine tiefe Bewegung spüre. Die ganze Situation erinnert an den August 1914, wo die Redaktion im Gegensatz zu Parteivorstand und Fraktion war und desavouiert wurde. Ich weiß auch, daß im morgen erscheinenden „Socialiste belge“ ein mehr optimistischer Grundton klingen wird, als im holländischen Zentralorgan.

Unsere Gegner.

Ueber die Regierungsstimmung in England verbreitet Reuter folgendes Communiqué:

Die ministeriellen Kreise werden sich wahrscheinlich nicht über den deutschen Friedensvorschlag auslassen, ehe sie sich mit den Bundesgenossen beraten haben. Inzwischen kann wohl erklärt werden, daß die vollkommene Einseitigkeit in allen britischen Blättern nichts anderes ist, als eine Widerspiegelung der Einseitigkeit, welche unter den Bedingungen der Verbündeten wie unter ihren Vätern selbst besteht. In den eingegangenen Notizen werden die deutschen Vorschläge noch nicht angegeben, doch da die Mittelmächte sich als Sieger hinstellen, so lasse sich einigermaßen vermuten, wie diese sein werden. Die deutsche Note werde, so meldet Reuter, auf den richtigen Wert untersucht und wenn die Vorschläge wirklich sein, wie man vermutete, dann seien sie zum Scheitern verurteilt. Diese Tat der Deutschen müsse man von zwei Seiten betrachten: Einmal sei sie ein Versuch, Zwietracht unter die Verbündeten zu säen; ein Teil der zu stellenden Bedingungen würde den einen gut, den anderen tabellarisch erscheinen können. Gleichzeitig aber bestätige dieser Schritt die Tatsache, daß man auf der Gegenseite überzeugt sei, daß die Mittelmächte den Krieg niemals gewinnen können, und daß sie ihre höchste Kraft bereits eingesetzt haben. An der Front der Verbündeten mögen noch Perioden kommen, wo große Anforderungen an ihre Kräfte gestellt werden; doch die einzige Antwort auf die zu erwartenden Friedensvorschläge könne nur die erneute Erklärung sein, daß die Verbündeten den Krieg als beendet ansehen, wenn die Ziele, für welche sie in den Kampf gezogen sind, erreicht sind. Eine andere Antwort sei nicht möglich.

Ein Teil der englischen Hechtpresse fährt in der bereits berichteten Tonart fort. Deutschland zu schmähen und herunterzuziehen. „Morning Post“ spricht von „einem schlaunen und verzweifelten Versuch, der Strafe für den militärischen Bankrott auszuweichen“. „Daily Telegraph“ gibt zu, daß Deutschland den Höhepunkt seiner Macht erreicht hat, um daraus den „logischen Schluß“ zu ziehen, daß jetzt der unvermeidliche Rückgang folgen muß. — Das haben wir schon 1915 gehört.

Doch beginnt sich auch in England nach den ersten Ausbrüchen hysterischer Kriegswut die Stimme der Vernunft vernehmbar zu machen. Namentlich die Blätter des gestürzten Kabinetts Asquith führen eine ruhige Sprache. So schreibt „Manchester Guardian“:

„Es besteht durchaus keine allgemeine Meinung, Deutschland den Friedensvorschlag als Arglist auszulegen. Ebensovien sieht man die Anerkennung seiner Niederlage in dem Vorschlag. Anscheinend bietet Deutschland keine Friedensbedingungen besonderer Art an, sondern schlägt einfach vor, in Friedensunterhandlungen zu treten. In diplomatischer Hinsicht und gegenüber den Neutralen ist es schwierig, das Angebot zu beantworten.“

An anderer Stelle sagt das Blatt:

„Das Angebot ist aufrichtig. Es muß durch die Regierung und die vernünftige öffentliche Meinung nicht als Angebot zum formellen Waffenstillstand oder als Vorschlag zur Intervention einer dritten Partei behandelt werden. Aber es muß sofort ein Gedankenaustausch stattfinden. Die direkte Verweigerung würde der Entente in den Augen der Neutralen hoffnungslos Unrecht geben.“

Die offiziös-liberale „Westminster Gazette“ sieht zwar in dem deutschen Schritt einen Versuch, die Alliierten zu entzweien, und ein ermutigendes Zeichen in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

„aber wir wären voreilig, wenn wir glauben würden, daß wir das ruhig damit erledigen könnten, wenn wir es einfach als einen Ratschrei zurückweisen, der uns nichts angeht. Deutschland weiß, daß der Krieg große Unruhe unter den Neutralen hervorgerufen hat, und es hat seinen Appell in erster Reihe mehr an sie als an uns gerichtet. Die Alliierten dürfen sich deshalb nicht weigern, einen Vorschlag anzuhören, der ihnen in regelrechter Weise vorgelegt wird, aber sie müssen rücksichtslos sagen, daß ihre Verpflichtung, gemeinsam zu handeln, unwiderruflich ist.“

Meinlich schreiben „Daily News“:

„Die Alliierten dürfen nicht den verhängnisvollen Fehler begehen, dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg Anlaß zu der Erklärung zu geben, Deutschland habe seine Vorschläge gemacht, diese seien aber mit Beratung zurückgewiesen worden, und nun müsse es bis zum bitteren Ende durchkämpfen. . . Die Friedensbedingungen könnten so hoch gegriffen werden, wie die Alliierten Deutschlands es verdienen, jedenfalls müßten sie der Erklärung Asquiths über die Kriegsziele der Alliierten Genüge tun. Ein einfaches Non possumus (unmöglich!) würde der größte diplomatische Sieg für Deutschland sein; England dürfte ihm diesen Sieg nicht gönnen.“

Das Bild in Frankreich hat sich nicht wesentlich geändert. Die wichtige Erklärung Briands bringen wir an gesonderter Stelle. Daneben liegt nur noch eine Erklärung des „Petit Journal“ vor, die in dem deutschen Schritt ein Manöver sieht, das darauf abziele, die Stimmung in den alliierten Ländern zu beunruhigen und die Alliierten zu entzweien.

Nicht direkt im Zusammenhang mit dem deutschen Friedensangebot dürfte stehen, was die „Humanité“ unter der Ueberschrift „Moral im Bunde“ schreibt:

„Die französische Presse ist gespickt voll von Lügen. Die erste Pflicht der neuen Regierung wird daher sein, das Recht auf Wahrheit und Klarheit wieder herzustellen. Man darf nicht glauben, daß in der gegenwärtigen Stunde in Frankreich nicht große Aufregung herrscht. Eine solche Annahme wäre großer Selbstbetrug. Unser Land ist in Sorgen, besonders deswegen, weil es nichts weiß. Wir verstehen allerdings, daß es schwer ist, von der Herrschaft der Offiziere überzugehen. Dies muß jedoch geschehen.“

Hindenburg an Bethmann.

Die Wolff meldet, sind zwischen Hindenburg und dem Reichskanzler am 13. d. M. folgende Depeschen gewechselt worden:

Hindenburg an den Herrn Reichskanzler.

Euer Erzelenz beglückwünsche ich zu Ihrer gestrigen Reichstagsrede. Mit tiefer Bewegung und großer Genugtuung habe ich sie gelesen. Euer Erzelenz haben auf Befehl Seiner Majestät mit dieser Rede eine tiefe sittliche Kraftäußerung unseres deutschen Vaterlandes eingeleitet, die sich würdig anschließt und sich gründet auf die Stärke des deutschen Volkes daheim und im Felde.

Wir Soldaten wissen, daß es für uns gerade in diesem Augenblick keine höhere und heiligere Pflicht gibt, als den Sieg mit äußerster Tapferkeit weiter zu verfolgen und für Kaiser und Vaterland zu leben und zu sterben.

Der Reichskanzler an Hindenburg.

Euer Erzelenz danke ich aufrichtig für den mich tief bewegenden Glückwunsch zu meiner gestrigen Rede. In den Worten des Mannes, dem unser Kaiserlicher Herr das deutsche Schwert anvertraut hat, und der es mit sieghafter Kraft führt, vernehme ich die Stimme unseres deutschen Volksheroes. Seine Taten zu Lande und zu Wasser haben die Bahn freigemacht für den hochberzigen Entschluß, den Seine Majestät der Kaiser mit seinen hohen Verbündeten gestern ausgeführt hat. Die todesmutige Plikttreue und die unerlöschliche Tapferkeit der Männer, die für Deutschland fechten, bürgen uns dafür, daß wir, wenn es uns ein Feinden heute noch nicht gefällt, dem Kriege ein Ende zu machen, unserem Vaterlande erst recht einen starken und dauerhaften Frieden erkämpfen werden.

Die politische Bedeutung des Telegrammwechsels besteht darin, daß jeder Versuch, den Feldmarschall v. Hindenburg gegen den „weichen“ und „friedensseligen“ Reichskanzler auszuspielen (wie man etwa andere Persönlichkeiten gegen ihn ausgespielt hat), erledigt ist.

Deutsche Versenkungsnote an Amerika.

Die Antwort wegen des Dampfers „Lanos“.
Washington, 13. Dezember. Deutschlands Antwort auf die amerikanische Anfrage betreffend die Versenkung des Dampfers „Lanos“ am 28. Oktober ist beim Staatsdepartement eingegangen. Deutschland erklärt die Versenkung für gerechtfertigt, weil das Schiff Vannware an Bord führte, und behauptet, das Schiff sei in norwegischem Besitz gewesen.

Die Jalomita auch von der Donauarmee überschritten

Feindlicher Rückzug an der unteren Jalomita. — Günstige Fortschritte auf der ganzen rumänischen Front. — Vergebliche Russenangriffe an der Siebenbürgischen Ostfront. — Kampf in den Argonnen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. Dezember 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Abschnitten der Somme-Front vorübergehend starker Feuerkampf.

Seeresgruppe Kronprinz.

Bei Le Four de Paris in den Argonnen nach heftigem Vorbereitungsgeschütz vorstoßende französische Patrouillen wurden abgewiesen.

Auf dem rechten Maas-Ufer war nachmittags die Artillerietätigkeit gesteigert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Wesentliches.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen vielfach Artilleriefener.

Im Ghergno-Gebirge und im Trotusul-Tal setzten die Russen ihre verlustreichen, aber ohne jeden Erfolg verlaufenden Angriffe fort.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Günstige Fortschritte auf der ganzen Front trotz sehr großen Wegeschwierigkeiten.

Die Große Walachei südlich der Bahn Bukarest-Cernavoda ist vom Feinde gesäubert.

Mazedonische Front.

Die östlich der Cerna von Serben geführten Angriffe sind unter schweren Verlusten vor den bulgarischen Stellungen zusammengebrochen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 14. Dezember, abends.

An der Somme lebhaftes Feuer in einzelnen Abschnitten.

Vorstöße der Franzosen auf Ost- und Westufer der Maas haben abends eingeseht.

In Rumänien ist die Jalomita auch von der Donau-Armee überschritten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 14. Dezember 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der Feind ist auch im Bereiche der unteren Jalomita im Rückzuge. Auf unserer Seite neuerlich Raumgewinn.

Seeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Die Russen greifen weiter an. Sie halten sich auch gestern überall, sowohl südlich des Ujates als im Trotusul und westlich von Toelghes blutige Kämpfe. Ueber Comanesti schob ein österreichisch-ungarischer Flieger ein feindliches Kampflugzeug ab. Dieses überschlug sich und stürzte in einem Walde nieder.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Beiderseits des Dnjestr wuchs die russische Geschäftstätigkeit. Sonst nichts Neues.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Goerz, Feldmarschalleutnant.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 13. Dezember. Generalstabesbericht vom 13. Dezember.

Mazedonische Front. An der ganzen Front nur schwaches Artilleriefener von beiden Seiten und stellenweise Patrouillengefächte.

Rumänische Front. In der Dobrußa spärliches gegenseitiges Artilleriefener. In der östlichen Walachei haben die verbündeten Heere den Jalomita-Fluß an gewissen Punkten überschritten.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 14. Dezember. (W. Z. V.) Türkischer Heeresbericht:

Kein Ereignis von Bedeutung auf den Fronten.



Die östliche Walachei

Die Vorgänge in Griechenland.

Die Venizelisten besetzen die Ekladen.

London, 13. Dezember. (W. Z. V.) „Times“ meldet aus Syra, im Hafen Hermopolis auf der Insel Syra, die von der nationalen Regierung verwaltet wird, seien venizelistische Truppen ausgeschifft worden. Die Menge habe diese Truppen mit Jubel begrüßt. Die königstreuen Offiziere und Mannschaften seien unter Bewachung gestellt worden. Der Rest der Ekladen werde sich ebenfalls bald von der Athener Regierung lossagen. Der neue Gouverneur werde in nächster Zeit erwartet.

Die Gruppe der Ekladen setzt das festländische Griechenland von Attika und Euböa aus in südöstlicher Aufreihung fort, ist Kreta nördlich vorgelagert und bildet den südlichen Abschluß des Ägäischen Meeres. Syra ist eine der mittleren Inseln der Gruppe. Für die Rückensicherung Saloniks kommt die Ekladengruppe ebenso in Betracht wie für die Blockade des griechischen Festlandes.

Kann die Entente Athen besetzen?

Der Kriegsberichterstatter des „Verner Bund“, O. Stegemann, läßt sich über die Landung der Ententetruppen in Athen, die der nunmehr abberufene Admiral Roumet am 1. Dezember anordnete, und über die Folgen dieses Besatzes — den Zustand in Athen — folgendermaßen aus: Die Landungstruppen der Entente sind gezwungen worden, sich gegen den Widerstand zurückzuziehen und dabei offenbar in so hohem Verdrüßnis geraten, daß nur der Abbruch eines Waffenstillstandes sie vor einer Katastrophe retten konnte. Es war von vornherein ein verfehltes Manöver, Athen mit einem gemischten Landungsdetachment zu besetzen, um die griechischen Kanonen zu holen, denn dieses Detachment konnte niemals stark genug sein, um sich den Zutritt zu erzwingen, wenn die Griechen entschlossen waren, Widerstand zu leisten. Es kann sich also nur um eine Geste gehandelt haben, von der man sich im Voraus wissen und in der Einschätzung des eigenen Prestiges angefaßt der miltären ökonomischen Lage des Landes und der inneren Zwistigkeiten Erfolg versprach. Als die Drohung nicht genügte, die griechische Regierung einzuschüchtern und die venizelistische Opposition zur Macht zu bringen, war der Rückschlag von selbst gegeben. Gewiß können die Schiffe der Alliierten Athen in Grund und Boden schlagen, gewiß können sie auch eine vollständige Absperrung Griechenlands vom hohen Meere durchführen, es ist aber zweifelhaft, ob die Entente zu diesen Mitteln greift, da sie dadurch die Griechen zur Verzweiflung und damit die Salonikarmee in die größte Gefahr bringen würde. Wird Griechenland gezwungen und ist es gesonnen sich nicht vollständig entzweiigen zu lassen, und ist die griechische Armee bereit, den Kampf aufzunehmen,

so würde die Entente zu einer Landung in Attika mindestens 50 000 Mann brauchen, um sich den Besitz Athens zu sichern. Marschieren dann gegenüber die beiden in Thessalien stehenden Griechentruppen in Terrail's linke Flanke, so wird das Unheil, das der Entente vor Salonik droht, viel größer und folgenschwerer als die Gefahr, in die die griechische Hauptstadt gerät. Da indes beide Teile, Griechenland und die Entente, viel auf Spiel setzen, kann man sich eher auf ein dilatorisches Verfahren von beiden Seiten gefaßt machen.

Ein annehmbares Ultimatum der Entente?

Bern, 14. Dezember. (W. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Die Abreise der Alliierten von Patras wurde verschoben. Auch die in Athen wohnhaften Italiener werden nicht abfahren. Ein Ultimatum der Entente wird heute abend oder morgen vormittag der griechischen Regierung übergeben werden. Man glaubt, daß es annehmbar ist. Trotz der Blockade sind zwei Dampfer und vier Segler mit besonderer Erlaubnis aus dem Piräus ausgefahren. Auch der Verkehr der Postdampfer wurde gestattet. Die griechische Regierung versichert, die kürzlich zu den Waffen berufenen Reservisten entlassen zu haben.

Der neue russische Minister des Aeußern.

Petersburg, 14. Dezember. Meldung der Peterburger Telegraphen-Agentur. Der Reichskontrolleur Pokrowski ist zum Minister des Aeußern ernannt worden. Sein Nachfolger als Reichskontrolleur wurde der Gehilfe im Finanzministerium Fedosjew.

Das Aufsehen Neratows aus der Stellung als Gehilfe des Ministers des Aeußern in das Amt selbst ist also nur ein vorübergehendes geblieben. Es sollte von Anfang an nichts anderes sein. Neugierungen der Presse, die Neratow — zumal wegen seiner Kenntnis des nahen und fernen Orients — als willkommenen Mann lobten, blieben ohne Bedeutung. Das Provisorium span sich aber über ein paar Wochen hin, — Frist genug für ein buntes Hin und Her von Vermutungen, und Namen wie der des römischen Gesandten Giers und des Lissaboner Gesandten Raikin tauchten nun in dem Fragepiel auf, das den kommenden Auslandsminister suchte. In den letzten Tagen noch schloß man auf Grund einer Unterredung, die Trepow nach Meldung der „Ruskaia Wjedomosti“ gehabt, ernstlich auf Kofotzew.

Aber keine von diesen Personen, deren Name ein über Außlands Grenzen hinaus bekanntes Programm bedeutet, kam in Be-

tracht; das Amt ist einem Manne zugefallen, dessen bisheriger Posten kaum auf seine Wahl raten ließ. In Russland indes sind die Laufbahnen dieser Minister so sehr im Stillstand geblieben, daß man sich über den Aufstieg des Reichskontrolleurs Pokrowski nicht allzu sehr wundern darf. Des Weibes Kind der recht Unbekannte ist, darüber dürften die jetzt gestellten Fragen bald genug Aufschluß bringen.

Daß die Neubildung des russischen Ministeriums mit der Ernennung Pokrowski's ihren Abschluß gefunden hat, wagt man nach neuerlich einlaufenden Mitteilungen, die das Ministerium Trepow wie ein Gewässer mit wippender Fläche erscheinen lassen, kaum zu glauben. Der Name des Ministers des Innern Protopopow erlangte eine merkwürdige Bedeutung. Trepow's erste Bedingung bei Annahme seines Portefeuilles soll Protopopow's Rücktritt gewesen sein. Trepow hat dessen Amt für sich selber beansprucht, aber die Demission, die Protopopow laut „Ruskoje Slowo“ eingereicht hat, ist vom Jaren nicht genehmigt worden, und Trepow hat daraufhin an Rodzianko die Erklärung abgegeben, seine Stellung im Kabinett sei derzeit erschwert, daß er an Rücktritt denke.

Das und die Stürme, die der Ministerpräsident bei der Wiedereröffnung der Duma auszuhalten hatte, sind in der Tat kein Anlaß, das Ministerium Trepow schon für eine feste Größe zu halten. Den Alliierten Russlands dürfte dieser Zustand, zumal jetzt, hart auf die Nerven drücken.

Vermehrung der Schweizer Bundesräte?

Bern, 13. Dezember. Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur. Der Nationalrat genehmigte heute einstimmig den von dem Senker Micheli begründeten Antrag, der den Bundesrat einlädt, die Frage zu prüfen, ob nicht die Zahl der Mitglieder des Bundesrats von sieben auf neun erhöht werden soll. Der Antragsteller und verschiedene Redner forderten eine Vermehrung der Bundesräte zum Zweck einer besseren Vertretung der verschiedenen sprachlichen Minderheiten und politischen Minderheitsparteien in der Regierung. Im Namen des Bundesrats gab Bundespräsident Decoppet eine Erklärung ab, daß er den Antrag unter Vorbehalt näherer Prüfung der ganzen Angelegenheit annehme.

Die die „Frankfurter Zeitung“ meldet, gehen die Ansichten des Bundesrats auseinander.

Bundespräsidentenwahl.

Bern, 14. Dezember. (W. Z. V.) Die vereinigte Bundesversammlung wählte zum Bundespräsidenten für das Jahr 1917 den Bundesrat Edm. und Schultheß, den Vorfeser des Volkswirtschaftsdepartements.

Der neue Bundespräsident steht im Alter von 48 Jahren; 1905 wurde er in den Ständerat, 1914 in den Bundesrat gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Bundesrat Calonder gewählt, Vorfeser des Departements des Innern. Er ist seit 1913 Mitglied des Bundesrats.

Der Seekrieg.

Die U-Boote gegen Kohlenfahrer für Frankreich.

Berlin, 12. Dezember. (W. Z. V.) In der Zeit vom 28. November bis 8. Dezember wurden von unseren U-Booten vor der französischen Kanal- und Atlantik-Küste unter anderem Kohlenladungen im Gesamtbetrag von 17 000 Tonnen englischer nach Frankreich bestimmter Kohle und ein englischer Dampfer mit 6000 Tonnen Kriegsmaterial von New York nach Frankreich versenkt.

Die Kohlennot ist vor allem auch eine Wirkung der schweren Verkehrsnot. Von dieser war am Dienstag in der französischen Kammer die Rede, wo der Abg. Bedonce feststellte, daß infolge der Verkehrsnot im Hafen La Pallice sechs Millionen Säcke Hafer durch Ausbleiben zugrunde gegangen seien. Das bedeute einen Verlust von 30 Millionen Frank. Nach Ansicht des Abgeordneten ist durch die Mißstände des Wirtschaftsverkehrs in Frankreich bis jetzt ein Schaden von fünf Milliarden Frank verursacht worden.

Seriente Schiffe. Aus Kristiania meldet W. Z. V.: Der norwegische Dampfer „Vob“ hat hier die Besatzung von 15 Mann des Dampfers „Vjör“ aus Kristiania (3000 Brutto-Registertonnen) gelandet, der am Montagmorgen 4 Seemeilen von Hvingen von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden ist. — Aus Rotterdam meldet Wolff: Die französischen Segler „Caete“ und „Mabelleine“, sowie drei englische Fischfahrzeuge aus „Wirbam“ wurden durch Unterseeboote versenkt. Gavas meldet aus Marseille: Die Dampfer „Mogellan“ (9027 Tonnen) und „Sinai“ (4624 Tonnen) sind von einem Unterseeboot versenkt worden. (Besatzungen und Fahrgäste von den sie begleitenden Schiffen gerettet.)

Letzte Nachrichten.

Briands Diktatur-Vorlage.

Paris, 14. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Der Ministerrat entschied sich heute für eine Vorlage, die der Regierung das Recht verleiht, durch Erlass gewisse für die Landesverteidigung notwendige Maßnahmen zu veranlassen; so diejenigen, die die landwirtschaftliche und industrielle Erzeugung sowie die Verpackung betreffen. Sobald diese Vorlage angenommen sein wird, beabsichtigt die Regierung, den Alkohol für die Bedürfnisse der Landesverteidigung zu beschlagnahmen und seinen Verbrauch zu unterdrücken.

Dritte Freigeleitnote Amerikas.

Bern, 14. Dezember. „Temps“ meldet aus Washington: Die Regierung richtete eine dritte Mitteilung an Frankreich und England wegen der Verweigerung freien Geleits für den österreichisch-ungarischen Botschafter. Nach der Begründung der amerikanischen Regierung ist die Verweigerung des Botschafters ein diplomatisches Recht. Auf die vorhergehende Note an Frankreich und England war nicht geantwortet worden.

Minister Hughes zur deutschen Friedensnote.

Melbourne, 14. Dezember. (Neuermeldung.) Der Premierminister von Australien Hughes sagte in einer Rede: Friede ist unmöglich, ehe die Gebiete der Alliierten geräumt, eine Schadenersatzung bezahlt, die zerstörten Städte wieder aufgebaut, die Industrie wieder eingerichtet und die Personen, die Gewalttätigkeiten begangen haben, bestraft sind.

Englischer Ergänzungsetat: eine weitere Million Mann.

London, 14. Dezember. (Neuermeldung.) Der heute bekanntgemachte Ergänzungsetat sieht eine weitere Million Mann für den Dienst in der Armee in dem mit dem 30. März 1917 endigenden Jahre vor. Diese Zahl stellt den wahrscheinlichen Ueberfluß über die schon im Jahre 1916/17 bewilligten Mannschaften dar. Der ursprüngliche Etat sah vier Millionen vor, mit den neuen Mannschaften werden es fünf Millionen sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohvereinbarung der Gutmacher.

Der in unserer Dienststagnung veröffentlichte, zwischen den beiderseitigen Organisationen abgeschlossene Tarif für die Berliner Strohhutindustrie, wurde am Mittwoch in einer Versammlung des Gutmacherverbandes besprochen. Der Vorsitzende Körbel teilte mit, daß der vereinbarte Tarif auch den nichtorganisierten Fabrikanten überhandt worden ist. Bis jetzt haben erst einzelne dieser Fabrikanten erklärt, daß sie den Tarif anerkennen. Für die organisierten Fabrikanten ist der Tarif natürlich ohne weiteres maßgebend. Trotzdem sind selbst bei Verbandsfabrikanten Differenzen über die Durchführung des Tarifs entstanden. Es wird versucht werden, derartige Differenzen durch Anrufung des Vorstandes des Fabrikantenverbandes zu beseitigen. Sollte das nicht helfen, dann werden die Arbeiter dafür sorgen, daß die allgemeine Durchführung des Tarifs sowohl bei den organisierten wie bei den nichtorganisierten Fabrikanten in vollem Umfang gesichert wird.

Die Militärattler und die Kriegsteuerzulage.

In einer stark besuchten Versammlung der Militärattler Groß-Berlins erstattete Hauptmann Verhagen von den Verhandlungen, wie sie in einer Notiz in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ mit ihrem Endergebnis für das ganze Gewerbe spezifiziert sind. Unter anderem wies der Referent darauf hin, daß als „Haushaltungsvorstände“ auch Arbeiterinnen, sofern sie einen eigenen Haushalt führen, a. V. Witwen, zu gelten haben. Ferner können jene Arbeiter, die bei Mitgliedern der Fabrikantenvereinigung beschäftigt sind und die Kinderzulage für die Zeit vom 13. November dieses Jahres bis 2. Dezember nicht erhalten haben, diese noch nachfordern. Laut einem früheren Versammlungsbefehl wird der Verband für Unorganisierte keine Forderungen vertreten. Der Verband habe große Summen von Nachforderungen für diese Leute geteilt, ohne daß diese dem Verband gegenüber ihrer Pflicht nachgekommen wären. Die Versammlung war mit den Vorschlägen einverstanden, Einwendungen wurden nicht erhoben.

Nachdem noch Riedel einige Erklärungen zum Tarif erteilt hatte, wurde noch mitgeteilt, daß der Zentralverband demnächst Fragebogen ausgeben werde, um die jetzt gezahlten Stundenlöhne in den einzelnen Orten festzustellen. Es sei anzunehmen, daß noch ein großer Teil der Berufscollegen zu Mindeststundenlöhnen arbeite und hierüber soll die Statistik zuverlässiges Material liefern.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe.

Im Dezember 1915 wurden sich die Tarifparteien im Buchdruckgewerbe auf Anregung des Geschäftsführers des Tarifamts darüber einig, daß der Tarif auf ein weiteres Jahr verlängert werden sollte. Der Tarifausschuß trat dieser Entschließung bei. Die Vertreter der Gehilfen sind dieser Anregung jedoch nur unter der Bedingung gefolgt, daß sich die Prinzipale freiwillig zur Zahlung einer Lohn-erhöhung oder Teuerungszulage entschließen, die den außerordentlich veränderten Lebensbedingungen einigermaßen entspricht. Diese Bedingung wurde von den Prinzipalen angenommen; den Gehilfen wurde darauf im März d. J. eine Teuerungszulage bewilligt. Die Prinzipale sahen sich aber auch infolge der enormen Preissteigerung der für Herstellung von Druckerarbeiten notwendigen Materialien gezwungen, den Preistarif für Druckerarbeiten zu erhöhen. Beide Maßnahmen, die Gewährung der Teuerungszulage an die Gehilfen sowohl wie die allgemeine Erhöhung der Druckpreise, erwiesen sich bald als nicht mehr ausreichend. Die seit Anfang des Jahres noch weiter gestiegene Verteuerung der Lebensmittel hatte zur Folge, daß die Gehilfen eine neue Erhöhung der Löhne forderten. Dieser Erhöhung ist von dem Tarifausschuß auf Vorschlag des Tarifamtes im Dezember zugestimmt worden. Die Gehilfen erhalten vom 1. Oktober d. J. an Lohnzuschläge und zwar in den Orten mit bis zu 10 Proz. Lohnzuschlag 25 Proz., in den Orten mit über 10—15 Proz. Lohnzuschlag 50 Proz. und in den Orten mit über 15 Proz. Lohnzuschlag 75 Proz. Aufschlag. Die Teuerungszulagen für die im Akkord arbeitenden Gehilfen soll jedesmal nach dem Durchschnittsverdienst der letzten sechs Wochen festgelegt werden. Diese monatlichen Teuerungszulagen stellen sich für Verheiratete in den Orten bis mit 10 Proz. Lohnzuschlag je nach der Höhe des Lohnes auf 5—12,50 M., in den Orten mit 10 bis 15 Proz. Lohnzuschlag auf 6—15 M. und in den Orten von über 15 Proz. Lohnzuschlag auf 7—17,50 M.; für Ledige werden dementsprechend 3,75—10 M., 4,50—12 M. und 5,25—14 M. gezahlt; dazu kommen für jedes Kind unter 14 Jahren 2 M. monatlich. In einer Publikation folgt der Vorstand der Unternehmerorganisation, daß er die Schwierigkeiten nicht verkenne, mit denen auch die Prinzipale zu rechnen haben; er verweist aber auch darauf, daß der großen Teuerung aller Lebensmittel gegenüber diese gewährte Zulage an die Gehilfen nur einen minimalen Teil der Verteuerung deckt. Er spricht daher die Erwartung aus, daß die empfohlene Zulage als Minimum des zu Gewährenden zu betrachten sei und dort, wo die Verhältnisse es gestatten, wie es erfreulicherweise mehrfach geschieht, den Gehilfen eine höhere Entlohnung zugebilligt werden möchte. Die Teuerungszulage ist für jeden Gehilfen für die jeweilige Dauer des Arbeitsverhältnisses zu zahlen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob im Falle der Lösung des Arbeitsverhältnisses der Prinzipal oder der Gehilfe gekündigt hat oder ob das Arbeitsverhältnis durch Krankheit unterbrochen wurde.

Zugleich gibt in dieser Kundgebung an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker der Tarifausschuß bekannt, daß eine Erhöhung der Druckpreise um 25 bzw. 30 Proz. anerkannt wird, und von allen tarifstreuen Prinzipalen vom Tage dieser Bekanntmachung an zu fordern ist.

Ausland.

Lohn- und Streikbewegungen in der Schweiz im Jahre 1915.

Die „Gewerkschaftliche Rundschau“ veröffentlicht die Statistik der Lohnkämpfe der schweizerischen Arbeiter im Jahre 1915, wonach solche in 12 von 19 dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden vorgekommen sind, während die übrigen 7 Verbände keine Lohnbewegungen zu verzeichnen hatten. In den vorgekommenen 180 Lohnbewegungen waren 26 171 Arbeiter in 1475 Betrieben an 196 Orten beteiligt. Mit diesen Zahlen bleibt das Jahr 1915 wesentlich hinter jenen der Vorjahre zurück, auch hinter 1914 mit 158 Bewegungen; dagegen übertrifft es dieses mit der Zahl der beteiligten Arbeiter. An den 170 friedlichen Lohnbewegungen waren 24 616 Arbeiter in 1183 Betrieben an 183 Orten beteiligt; an den 9 Streiks 1234 Arbeiter in 253 Betrieben an 183 Orten und an 8 Aussperrungen 313 Arbeiter in 32 Betrieben an 13 Orten. Die Kämpfe erforderten 58 349 Fr. Unterstützung.

Errungen wurden 5863 wöchentliche Stunden Arbeitszeitverkürzungen und 24 892 Fr. wöchentliche Lohnerrhöhungen.

Die „Gewerksch. Rundschau“ bemerkt zu der Statistik, daß sich in diesen Zahlen die gewerkschaftlichen Erfolge nicht erschöpfen. In Hunderten von Betrieben haben die Arbeiter in direkter Unterhandlung mit den Unternehmern Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt, ihren Zentralvorständen aber keine näheren Mitteilungen darüber gemacht. Das gleiche gilt von vorgekommenen Abwehrbewegungen gegen Entlassungen, Lohnreduktionen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Angeht die lebhaften und erfolgreichen Lohnbewegungen der schweizerischen Arbeiter im Jahre 1915 kann die „G. R.“ ihre Ver-

trachtungen mit vollem Recht mit den Worten schließen: „So hat sich die gewerkschaftliche Aktion, an der bei Kriegsausbruch viele verzweifelt sind, als sehr wirksam erwiesen. In noch viel höherem Maße wird sich das im Bericht von 1916 zeigen.“

Einberufung einer Konferenz durch die französischen Gewerkschaften.

Vom französischen Gewerkschaftsbund erhielt die schwedische gewerkschaftliche Landeszentrale eine Einladung zur Teilnahme an einem in den Weihnachtstagen stattfindenden Kongreß. In der Einladung heißt es u. a., daß die Enttötung von Vertretern ein Beweis dafür sein würde, daß der Kriegszustand die internationalen Verbindungen, die zwischen dem Proletariat der verschiedenen Länder bestehen, nicht zerrissen hat.

Die schwedische Landeszentrale hat sich jedoch genötigt gesehen, die Einladung abzulehnen. Sie erklärt jedoch in ihrem Antwortschreiben, daß sie mit größtem Interesse und mit allen Kräften für eine Wiederenttötung der Verbindungen nach dem Kriege wirken werde. — Dieser Bescheid der schwedischen gewerkschaftlichen Landeszentrale erscheint uns sehr verständlich, denn durch diese internationalen Sonderkonferenzen kann die gewerkschaftliche Internationale doch nicht neu belebt werden.

Aus der Partei.

Die Bremer Opposition bleibt bei der Beitragsperre. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen, die am Dienstag stattfand, beschäftigte sich mit einem Antrage des Vereinsvorstandes, die beschlossene Beitragsperre wieder aufzuheben. Die von etwa 400 Mitgliedern besuchte Versammlung lehnte aber mit großer Mehrheit den Antrag ab.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Parteibereichs Bremen, d. h. der Organisation, in der sich nach dem Beschluß über die Beitragsperre die Genossen vereinigen, welche den Zusammenhang mit der Gesamtpartei aufrechterhalten wollen, erläßt dazu eine Erklärung, in der es heißt:

„Durch diesen Beschluß ist erneut bewiesen, daß die Spaltungspolitik unter der Führung Kniefs die Oberhand behielten. Die Genossen und Genossinnen, denen es ernst mit ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, werden nun den Weg zum Sozialdemokratischen Parteibereich Bremen finden, wie ihn bis heute schon Hunderte gefunden haben. Nur durch diesen Schritt wird es möglich sein, wieder geordnete Parteiverhältnisse in Bremen zu schaffen.“

Totenliste der Partei.

Im Alter von 66 Jahren starb in Mannheim Genosse Stadtrat Hermann Warber. Von Geburt Oesterreicher, verlebte er seine Jugendjahre in Wien, wo er als Installateur lernte. Zu Beginn des Sozialistengesetzes siedelte er sich in Mannheim an, wo er sich bald der Sozialdemokratischen Partei anschloß. Mit Dresden wirkte er hauptsächlich in der Gemeindepolitik. 1898 wurde er in den Bürgerausschuß, 1898 in den Stadtrat gewählt. Seit vielen Jahren war Warber als Besitzer eines Installationsgeschäfts selbstständig. Gleichwohl blieb er ein tatkräftiger Vertreter der Sache des arbeitenden Volkes, bis die Zuckerkrankheit ihm die Amputation beider Beine und völlige Erblindung brachte.

Soziales.

Der preussische Minister des Innern über die Ausdehnung der Familienunterstützungen.

Zu dem Beschluß des Bundesrats vom 3. Dezember 1916 hat der preussische Minister des Innern beachtenswerte Ausführungsanordnungen erlassen.

Nach dem Beschluß betragen bekanntlich die Mindestsätze für Ehefrauen von Kriegsteilnehmern vom 1. November ab 20 M., die für sonstige Unterstützungsberechtigte 10 M. monatlich. Der Minister erklärt nun, daß zwar in einer Reihe von Fällen, vor allem auf dem platten Lande, die bisherigen Mindestsätze noch als ausreichend erachtet werden können, daß aber trotzdem mit Rücksicht auf die erhebliche Steigerung aller Lebensmittel eine allgemeine Erhöhung erforderlich war. Er stellt es als ausdrückliche Bedingung hin, daß die Erhöhung der Mindestsätze den Familien der Kriegsteilnehmer voll zugute kommen muß und daß sie insbesondere nicht etwa dazu führen darf, daß die Lieferungsverbände sich veranlaßt sehen, die von ihnen bisher gewährten Zusatzunterstützungen allgemein zu ermäßigen.

Nat. z. B. eine Gemeinde bisher einer Ehefrau zu dem Reichssatz von 15 M. aus Gemeindemitteln noch weitere 15 M. gezahlt, so darf sie nun nicht etwa ihren Zuschuß um die Erhöhung des Reichsmindestsatzes ermäßigen. Das würde der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechen. Der Minister bezieht es im vaterländischen Interesse unbedingt für geboten, daß die an der Front für das Vaterland kämpfenden Krieger ihre Familien ausreichend unterstützt wissen. „Es wird erwartet, daß, nachdem durch die weitere Erhöhung der Mindestsätze für die Familien der Kriegsteilnehmer vom Reich in weitgehendster Weise gesorgt ist, die Lieferungsverbände auch ihrerseits in allen Fällen, wenn auch nicht das erforderliche Maß überschreitend, so doch in jeder Hinsicht ausreichende Zusatzunterstützungen bewilligen werden.“

Die zweite Aenderung, die der Beschluß des Bundesrats vorsieht, bezieht sich auf die Fortzahlung der Unterstützung bei Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienst. Während nach dem Gesetz die Unterstützung im Falle der Entlassung nicht weiter gezahlt werden darf, wird jetzt noch eine Halbmonatsrate nach dem Tage der Entlassung als außerordentliche Unterstützung, und zwar mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 ab, gezahlt. Wir können dem Minister des Innern nur darin beipflichten, wenn er sagt, daß die zurückkehrenden Heerespflichtigen vielfach nicht sofort geeignete Arbeit erhalten können, und daß sie meist auch gezwungen sind, bei ihrer Rückkehr von der Front außerordentliche Aufwendungen für die Beschaffung von Kleidern, Schuhwerk, Handwerkzeug oder dergleichen zu machen.

Daher die neue Regelung, die allerdings Ungleichheiten schafft, indem die einzelnen Familien je nach dem Tage der Entlassung die Familienunterstützung für eine längere oder kürzere Zeit weiter beziehen. Die Neuregelung erschien aber angebracht, um Weiterungen in der Berechnung der Unterstützungsbeträge zu vermeiden, und um den Lieferungsverbänden die tageweise Berechnung der Unterstützungsbeträge zu ersparen. Wichtig ist es, daß da als Zahlungstag der 1. und 15. jedes Monats als grundlegend anzusehen sind, wenn auch die tatsächliche Auszahlung der Unterstützung vielfach an anderen Tagen erfolgt, eine Familie, wenn der in Frage kommende Kriegsteilnehmer am 14. Dezember 1916 zur Entlassung gekommen ist, noch die Unterstützung bis zum 31. Dezember erhalten muß. Die Familie eines Kriegsteilnehmers dagegen, dessen Entlassungstag der 15. Dezember 1916 ist, würde auch noch auf die

Auszahlung der Halbmonatsrate am 1. Januar 1917 Anspruch haben.

Der Minister ersucht, die Lieferungsverbände umgehend mit Anweisung zu versehen, damit die Nachzahlungen rechtzeitig geleistet werden können.

Vom Sattlertarif abweichende Lohvereinbarung.

Wegen die Firma Lundershausen lagte ein Sattler beim Gewerbegericht auf Nachzahlung der Differenz zwischen dem Kfollong des Reichsttarifs und dem ihm gezahlten niedrigeren Satz. Es handelt sich um Teilarbeit an Patronentischen. Der Beklagte wies durch Zeugnis des Werkstattvertrauensmannes nach, daß, nachdem ein Teil der betreffenden Arbeit mit der Maschine ausgeführt wurde, die Säge für die einzelnen Teilarbeiten auf Verlangen der Arbeiter anders geregelt wurden als es im Tarif vorgesehen ist und daß sich mit dieser Anordnung die Leitung des Sattlerverbandes sowie die Firma einverstanden erklärt haben. — Auf Grund dieser Feststellung wies das Gericht die Forderung des Klägers ab, weil eine vom Tarif abweichende Vereinbarung vorliege, die zulässig und auch für den Kläger bindend sei, da ihm bei der Arbeitsannahme mitgeteilt worden sei, daß er den vereinbarten Lohnsatz erhalte.

Gerichtszeitung.

Aus Liebe zum angenommenen Kind. Ein merkwürdiger Zwist zwischen Bruder und Schwester kam gestern vor dem Berliner Kaufmannsgericht zur Verhandlung. Die Klägerin Brigitte H. ist ein älteres, sehr gebrechliches und offensichtlich schwer krankes Fräulein, das mühselig in den Verhandlungssaal geschleppt wird und auf dem ihm auf Veranlassung des Vorsitzenden zur Verfügung gestellten Stuhl halb ohnmächtig zusammensinkt. Der Klägerin gegenüber steht als Prozeßgegner ihr Bruder, der Inhaber eines Verlangeschäftes, für das die Schwester mit tätig war. Sie glaubt noch einen Anspruch von 163 M. zu haben, dem sich der Bruder auf das entschiedenste widersetzt. Die Klägerin hatte vor sieben Jahren aus Gutherzigkeit einen unehelichen Knaben zu sich genommen und führte mit mehreren Damen, die sich dem gleichen Verle der Nächstenliebe widmeten, einen gemeinsamen Haushalt. Die Geschwister der Klägerin sahen diese menschenfreundliche Tätigkeit ihrer Schwester nicht gern, und als letztere an einem Magen- und Darmleiden schwer erkrankte, kam es zum offenen Konflikt. Der belagte Bruder und seine anderen Schwestern wollten die vermögenslose Brigitte weiter unterstützen, wenn sie in ein Krankenhaus ginge. Sie aber lehnte das Anerbieten ab; sie wollte lieber hungern und Leiden erdulden, ehe sie sich von dem Kinde trenne. In der mündlichen Verhandlung bot der Bruder noch einmal seiner kranken Schwester an, sich in ein Krankenhaus aufnehmen und dort gründlich auskurieren zu lassen. Für diesen Fall wolle er die Kosten übernehmen. Zur Erklärung fügte der Beklagte hinzu: „Für die Schwester wollen wir gern bezahlen, aber nicht für fremde Menschen. Die Erziehung unehelicher Kinder mag sie reichen Leuten überlassen.“ Die Klägerin beharrte infolge auf ihrem Standpunkt und erklärte, sie werde sich von dem Kinde, das sie sieben Jahre lang großgezogen habe, auf keinen Fall trennen. Die vom Bruder vergleichsweise angebotenen 50 M. nahm sie an, während sie auf die gleichfalls angebotene Uebernahme der Kosten einer Krankenhausbehandlung verzichtete.

Schulinder als Gewerbegehilfen. Eine Mittwoch vor dem Gewerbegericht verhandelte Klage gegen einen Kindbesitzer zeigte, daß in Arbeitgebertreuen der Glaube verbreitet ist, für Schulinder gelten nicht die Vorschriften der Gewerbeordnung. Der betreffende Unternehmer hatte den 13jährigen Kläger Fritz G. als Radfahrer angenommen und entließ ihn eines Tages, als nichts mehr zu tun war. Der Beklagte glaubte, daß bei Anstellung eines Schulknaben Kündigungsausschluß selbstverständlich sei, auf die Klage der Mutter des Knaben empfahl aber der Vorsitzende dem Kindbesitzer, freiwillig 18 M. zu zahlen, womit sich die Mutter zufriedener geben wollte. Er riet, in Zukunft auch mit einem Schulpflichtigen schriftlichen Vertrag zu machen, da nur bei Vorliegen einer solchen Verfahrensweise in der Branche Kündigungsausschluß angenommen werden könne. Der Kläger zahlte auf diesen Vorhalt freiwillig die 18 M.

Haftung des Unternehmers für gestohlene Arbeitergarderobe.

Die Kammer 8 des Gewerbegerichts hatte sich am Mittwoch mit zwei Fällen zu beschäftigen, in denen Arbeiter Schadenersatz verlangten für Kleidungsstücke, die aus dem ihnen im Betriebe zugewiesenen Garderobenschrank abhanden gekommen waren.

Im ersten Falle forderte eine Arbeiterin, die in der Fabrik von Prager u. Lajda beschäftigt war, 40 M. Schadenersatz für einen ihr gestohlenen Pelztragen, den sie in den für sie bestimmten Schrank gehängt hatte. Die Garderobeneinrichtung des Betriebes ist so: Jede Arbeiterin hat einen besonderen verschließbaren Schrank. Der Raum, in dem sich diese Schränke befinden, wird nachdem sich die Arbeiterinnen umgekleidet haben, verschlossen. Den Schlüssel dazu nimmt eine Angestellte der Firma an sich. Die Schlüssel zu den einzelnen Schränken werden von den Arbeiterinnen an ein Brett gehängt, das sich außerhalb des verschlossenen Garderobenraumes auf einem Korridor befindet, der nach der Treppe zu auch abgeschlossen werden kann, aber nicht immer abgeschlossen ist. Hiernach ist also die Möglichkeit vorhanden, daß jeder, der den Korridor betritt, einen beliebigen Schrankschlüssel vom Brett nehmen und den betreffenden Schrank öffnen kann, falls es ihm gelingt, in den von einer Angestellten unter Verriegelung zu haltenden Raum zu kommen. Dies ist ohne weiteres möglich, wenn etwa eine Arbeiterin vor Schluß der Arbeitszeit aufbört.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, die belagte Firma habe dadurch, daß sie den Arbeiterinnen einen Raum zur Aufbewahrung der Garderobe anweise, eine Verantwortungspflicht übernommen, diese Pflicht aber nicht in vollem Umfange erfüllt, weil die Schrankschlüssel jedem zugänglich waren, der Zutritt zum Korridor hatte. Es hätte, wenn die Firma ihrer Verantwortungspflicht gerecht werden wollte, eine Einrichtung getroffen werden müssen, die es ausschloß, daß ein Schrankschlüssel in die Hände eines Unbefugten kommen konnte. Aus diesen Gründen wurde die belagte Firma zur Zahlung von 40 M. verurteilt, nachdem ihr Vertreter einen Vergleich auf 20 M., womit die Klägerin einverstanden war, „aus prinzipiellen Gründen“ abgelehnt hatte.

Im zweiten Falle beanspruchte ein bei Löffel u. Co. beschäftigter gewerblicher Bureauhilfe 9 M. Schadenersatz für eine Hofe, die angeblich aus einem verschlossenen eisernen Schrank, der nur dem Kläger zur Verfügung stand, gestohlen sein soll. Der Kläger erklärte, es sei möglich, die Tür des verschlossenen Schranke soweit aufzubiegen, daß man Gegenstände herausnehmen könne. Der Vertreter der belagten Firma bestritt diese Möglichkeit. — Das Gericht riet dem Kläger, die Klage zurückzunehmen, weil er den Diebstahl nicht nachweisen könne und, falls ein solcher vorliegen sollte, die Firma dafür nicht haftbar gemacht werden könne, weil sie durch Übergabe eines verschließbaren Schranke ihre Pflicht erfüllt habe. — Die Klage wurde zurückgenommen.

Die Eier der Frau v. Puttkamer. Frau v. Puttkamer aus Lohwig im Kreise Stolp war wegen Uebertretung der Eierhöchstpreise angeklagt worden, die der Landrat des Landkreises Stolp festgesetzt hatte. Sie lieferte von Lohwig aus nach Berlin-Wilmersdorf an das dortige adelige Damenheim jede Woche mehrere Postpakete mit Eiern und nahm für die Stiege (20 Stück) 50 Pfennig mehr, als im Kreise Stolp gestattet war. Deshalb wurde sie vom Landgericht in Stolp zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht hob aber das Urteil auf und sprach die Angeklagte frei, weil die Höchstpreisfestsetzung nur für den Bezirk gelte, für den sie erlassen sei. Die im Bezirk gewonnenen Eier unterlägen ihr nicht mehr, wenn sie die Grenze des Bezirks überschritten hätten.

Wider den Kohlenwucher!

Von Otto Sue.

Auf dem Berliner Kohlen- und Brikettmarkt herrscht gegenwärtig eine gewisse Materialknappheit, die schon zu „Angstkäufen“ mit erheblichen Mehrpreisen ausgenutzt wird.

Zunächst aber möchte ich allen Geängstigten versichern, daß keine Veranlassung vorliegt, einen Mangel namentlich an Briketts zu befürchten. Die deutsche Braunkohlenförderung war 1915 sogar noch über 1 Million Tonnen höher als in dem Jahre vor dem Kriege und ist 1916, nach einer Reihe von Berichtsberichten zu urteilen, weiter gestiegen.

Wagenmangel,

der fast jeden Spätherbst eingetreten ist. Die Eisenbahnverwaltung wird dieser Katastrophe schnellstens Herr zu werden versuchen, dann ist auch wieder Hausbrand ausreichend am Markt.

In der letzten Generalversammlung der großen Werkschen-Weikensfelder-A.-G. wurde dem alten Aufsichtsrat vorgeworfen, er habe einen für den Verkäufer zu ungunstigen Liefervertrag über mindestens jährlich 800 000 Tonnen Kohlen an die A. G. Sirch, Kupfer- und Messingwerke abgeschlossen.

Der Preis von 20 Mark (pro 10 Tonnen) sei aut. Wenn jetzt während des Krieges Preise von 30 Mark und mehr (!!!) gezahlt würden, so sei das nur für kurze Fristen möglich.

Ein normaler Tonnenpreis von 2 Mark für Kohle wird also von der geschäftsführenden Betriebsverwaltung als „gut“ bezeichnet; er beeinflusse die Dividende recht günstig. Das wird besonders die Konsumenten in Erlaun verlesen, welche unmittelbar im Kohlengebiet wohnen, aber schon vor dem Kriege pro Tonne Kohle-Braunkohle bis zu 5 M. zahlten!

Billiger noch als im Bezirk Halle-Weikensfeld stellen sich die Betriebskosten in der Niederlausitzer Braunkohlen- und Brikettindustrie, der Hauptlieferantin für Groß-Berlin. Nach Angaben in dem von Herrn Bergasseffor Klein (Halle) unter Mitwirkung erster Sachleute herausgegebenen Handbuch für den deutschen Braunkohlenbergbau betragen 1911 die Gewinnungskosten (ohne Verwaltungs- und Generalkosten) eines „großen Werkes im Zeiger“ Gebiet pro Hektoliter 10,01 Pfennig oder pro Tonne (14 Hektoliter) etwas über 1,40 M.

Zufällig bin ich in der Lage, einen Kontrollbeleg aus der Niederlausitz anzuführen. Durch die Presse ist schon bekannt geworden, daß die Gemeinde Neufölln ein Braunkohlenwerk in der Niederlausitz einrichten will. Die nötigen Verkaufsverträge sind neulich abgeschlossen worden. Die Stadtverwaltung hat sich von zwei hervorragenden Bergbauingenieuren und -Praktikern ein Gutachten über die zu erwartenden Selbstkosten ersinnen lassen, das ich einsehen konnte.

„Den jetzigen hohen Materialpreisen und Löhnen stehen auch höhere Verkaufspreise gegenüber. Die Spannung zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreisen wird sich nicht wesentlich verschoben haben.“

Wieviel beträgt denn diese Spannung? Ich habe gleich die Selbstkosten und die Verkaufspreise für Briketts mit hierher, um den Konsumenten zu zeigen, welche Gewinne aus der Braunkohlen- und Brikettindustrie erzielt werden. Nach dem Gutachten betragen:

Table with 2 columns: Selbstkosten des Wertes M., Einnahmen des Wertes M. Rows: pro 10 Tonnen Kohle (10,60 / 22,50), pro 10 Tonnen Briketts (47,39 / 90,00)

Das wären pro 10 Tonnen Kohle 11,90 M., pro 10 Tonnen Briketts 42,61 M. Bruttogewinn! Nach reichlichen Abschreibungen in Höhe von 5 Proz. des ganzen Anlagekapitals bleiben noch 10 Proz. Kapitalverzinsung übrig!

Es ist ein Verkaufspreis von nur 90 M. pro 10 Tonnen Brikett ab Werk eingeseht. In dessen Betrag der vom Niederlausitzer Brikett Syndikat kurz vor dem Kriege festgesetzte Preis ab Syndikatswerk schon etwa

110 Mark.

Das Werk Nise, welches dem Syndikat nicht mehr angehörte, nahm für seine Briketts vor dem Kriege ab Werk 120 Mark. Heute beträgt der Preis schon

142 Mark

für Nise, für Syndikatsbriketts 132 M. ab Werk.

Die Gemeinde Neufölln will die Förderung und Produktion ihres Werkes in erster Linie für den Bedarf der Gemeindebetriebe haben. Darum wurde auch ermittelt, was der Gemeinde die Kohlen und Briketts bis frei Anhalter Bahnhof selbst kosten würden. Dabei stellte sich ein Selbstkostenpreis (inkl. Bahnfracht und Ueberführungsgebühr) von 36,60 M. für 10 Tonnen Kohlen und 89,24 M. für eine Ladung Briketts heraus. Da das betreffende Werk in günstiger Frachtlage zu Berlin liegen wird (25 M. Eisenbahnfracht pro Ladung), andere Lausitzer Werke ungünstiger liegen, sei für sie allgemein eine Frachtkost von durchschnittlich 40 M. pro 10 Tonnen angelegt. Dann käme für die Syndikatswerke

ein Preis (kurz vor dem Kriege) ab Werk bis Anhalter Bahnhof von 150 M. für Briketts, für Nise besonders von 160 M. heraus. Die inzwischen eingetretene Preiserhöhung hinzugerechnet, kommen wir zu einem Preis von 172 bzw. 182 M.!

Verkaufspreise in Groß-Berlin?

Nach amtlichen Preisnotizen wurden hier im Juni 1914 gezahlt für eine Tonne Briketts (Großhandel) 10,90 bis 11,00, für einen Doppelzentner bei Abnahme von 30-60 Zentner frei Keller 1,70 bis 2,10, für 100 Stück Briketts frei Keller 0,85 M. Wie sich heute die Großhandelspreise stellen, konnte ich nicht ermitteln, aber ich erfahre, daß schon im November 1916 für 100 Stück Briketts 1,50 bis 1,60 M. gezahlt wurden! Diese Preise sind mir von in verschiedenen Teilen Groß-Berlins wohnhaften Haushaltungsvorständen, auch von Arbeitern, die die Briketts abtragen, angegeben worden. Der Preis von 1,60 M. betrifft wohl meistens Nisebriketts, die etwas schwerer sind als die anderen. Der Einfachheit halber sollen hier 100 Stück Briketts gleich einem Zentner gesetzt werden; tatsächlich wiegen sie weniger.

Nieht man auch nur den niedrigsten Kleinhandelspreis im November 1916 in Betracht, so kommt ein Tonnenpreis von rund 30 M., pro Ladung (10 Tonnen) von

300 Mark

heraus! Wir haben aber errechnet, daß zuzüglich der Fracht ab Werk bis Berlin Anhalter Bahnhof ein Syndikatspreis von etwa 172 M. herauskommt. Vom Bahnhof bis zum Keller entsteht aber ein Preis von 300 Mark! Wie entsteht eigentlich dieser kolossal hohe Preis-aufschlag innerhalb Groß-Berlins? Wer profitiert daran, in welchem Verhältnis wird dieser außerordentlich hohe Preis-aufschlag verteilt? Dies festzustellen ist eine sehr dankbare Aufgabe der Preisprüfungsstellen.

Es sei hier aber gleich gesagt, daß nach den mir bekanntesten neuesten Verkaufs- und Lieferungsbedingungen des Niederlausitzer Brikettsyndikats (Geschäftsstelle Berlin, Reichstagsufer 10) dieses den Zwischenhändlern streng die Verkaufspreise in K. a. hatte vorschreibt. Uebertretungen mit Geldstrafen oder Lieferungsperren bestraft. Danach muß angenommen werden, daß die Zwischenhändler nicht nach eigenem Ermessen die Preise normieren. Die Händler sind ja im Grunde nichts anderes als Angestellte des und Arbeiter für das Syndikat.

Wenn die Preisprüfungsstellen der Preisbildung nachforschen, dann darf man sich nicht beschränken auf die Untersuchung der gegenwärtigen Preisentwicklung zwischen „ab Werk“ und „frei Keller“. Es dürfte vielleicht festgestellt werden, daß den mittleren und kleinen Händlern die Arbeitskosten während des Krieges (Zustellkosten, Arbeiterlöhne usw.) so gestiegen sind, daß ihr Gewinn unter den jetzigen Verhältnissen nicht wesentlich höher ist als vor dem Kriege. Man muß also auf die Quelle der Preisbildung zurückgehen!

Darum weise ich nochmals darauf hin, wie außerordentlich niedrig die Herstellungskosten der Werksunternehmer sind! Nach dem Gutachten betreffend das Neuföllner Unternehmen betragen die Selbstkosten pro Tonne Kohlen nur 1,06 M., für pro Tonne Briketts nur 4,73 M. Der Ueberzuschuß aber beläuft sich bei Kohle auf 1,19, bei Briketts auf 4,26 Mark! Der Ueberzuschuß geht also bis über 50 Proz. der Einnahmen ab Werk!

Hierbei ist aber ja nicht zu vergessen, daß der für das Neuföllner Unternehmen angelegte Verkaufspreis ab Werk 20 Mark pro Ladung Briketts niedriger ist als der in der fraglichen Zeit vom Brikettsyndikat festgesetzte!!

Als ich gelegentlich an einer sehr beruflichen Stelle auf diese riesigen Gewinne der Industrie und mich auf das Neuföllner Gutachten berief, erklärte man mir, diese Ziffern entsprächen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Herstellungskosten der Industrie seien viel höher. Diese sehr beachtliche Beantwortung des Neuföllner Gutachtens hat es aber nicht erschüttern können. Die Verantwortlichen bürgten dafür mit ihrem Ruf als hervorragende Industriepraktiker. Das Neuföllner Unternehmen verfügt zudem nicht einmal über die besten, sondern nur über durchschnittlich gute Lausitzer Kohlenfelder.

Die errechnete Betriebsrente stellt also auch nur einen Durchschnitt dar. Dabei ist, wie gesagt, nur mit einem Brikettpreis von 90 M. ab Werk pro 10 Tonnen gerechnet worden, während der Syndikatspreis während dieser Zeit auf 110, der Nisepreis sogar auf 120 M. stand! Die Betriebsrente muß mithin eine ganz außerordentlich hohe sein, und inzwischen ist noch ein Preis-aufschlag von 20 M. ab Werk erfolgt. Die dem Handbuch entnommene Selbstkostenrechnung zeigt besonders, wie außerordentlich gering die Lohnkosten pro Tonne sind. Auch wenn inzwischen die Löhne verdoppelt worden wären, schließe das bei der großen Spannung zwischen Selbstkosten und Erlös verhältnismäßig wenig zu Buch. Tatsächlich sind aber die Schichtverdienste der eigentlichen Braunkohlenbergleute im Oberamtsbezirk Halle (wazu die Lausitz gehört) von Kriegsbeginn bis Mitte 1916 nur um 24 Proz. (Gedingearbeiter!), die der übrigen männlichen Arbeiter nur um 23 bis 27 Proz. gestiegen! Diese geringe Lohnzunahme innerhalb zweier beispielloser Teuerungsjahre kann natürlich nicht im entferntesten die Selbstkosten so gesteigert haben, daß hierdurch die erfolgten Preiserhöhungen gerechtfertigt wären. Das sei ausdrücklich festgestellt gegenüber der Behauptung, durch die Zunahme der Industriearbeiterlöhne sei die Verkaufspreissteigerung nötig geworden.

Die breite Volksmasse, die Arbeiter, Kleinbürger, niedrigbezahlten Beamten wissen kaum, wie sie sich in dieser furchtbaren Teuerungszeit durchschlagen sollen. Jede weitere Preiserhöhung verschlimmert die Lage des Volkes. Wir haben festgestellt, daß in Groß-Berlin im Kleinhandel der Brikettpreis seit Kriegsbeginn schon von 0,85 bis 1,50 und 1,60 Mark, gleich über 80 Proz., gesteigert worden ist. Die Werksrente ist sehr hoch. Trotzdem drängen die Unternehmer auf weitere Preissteigerungen!

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung, Donnerstag, den 14. Dezember, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste, zweite und dritte Beratung eines Antrags Dr. König (3.) auf Steuerfreiheit für die während des Krieges bewilligten Teuerungszulagen für Reichs- und Staatsbeamte und Arbeiter.

Bei Beginn der Sitzung gehen dazu Änderungsanträge der Freisinnigen und des Zentrums ein, die die Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die Kinderbeihilfen resp. auf Angestellte und Arbeiter in Privatbetrieben verlangen.

Abg. v. Siedelberg (2.) beantragt, aus diesem Grunde die ganzen Anträge zunächst der Steuerkommission zu überweisen.

Abg. Sirch (Soz.): Da auch meine Freunde ein Interesse daran haben, an der Beratung der Anträge mitbeteiligt zu sein, beantrage ich ihre Ueberweisung an die verstärkte Budgetkommission. Dieser Antrag wird angenommen.

Hierauf wird in dritter Lesung das Schatzungsamts-gesetz und ebenso das Gesetz über die Stadtschaften nach kurzer Debatte gemäß den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Schwerin-Köslitz schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, mit der Tagesordnung: Einbringung des Etats, und schließt die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Vor mir ausdinergehen, wünsche ich Ihnen allen ein glückliches und gesegnetes Weihnachtsfest (Abg. Adolf Hoffmann: Friede auf Erden!) und gebe der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck, daß wenn wir uns im neuen Jahre wieder hier zusammenfinden, wir, sei es durch das großzügige Friedensangebot unseres Kaisers und seiner Verbündeten oder, wenn die Feinde es nicht anders wollen, durch weitere herrliche Siege unserer unvergleichlichen Truppen (Beifalls Bravo!) dem großen Ziele eines siegreichen dauerhaften Friedens wieder einen erheblichen Schritt näher gekommen sein werden. (Erneutes lebhaftes Bravo!)“

Schluß 2 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

Antrag auf Einberufung des Reichshaushalts-ausschusses.

Nach einer Mitteilung des nationalliberalen „Deutschen Kurier“ ist beim Vorsitzenden der Haushaltskommission des Reichstags ein Antrag des Abg. Wassermann (natl.) eingegangen, der die Anderräumung einer Sitzung zur Besprechung der auswärtigen Lage fordert. Das Blatt bemerkt dazu: Wie wir hören, hat die nationalliberale Fraktion einmütig beschlossen, in einem Schreiben an den Reichstagsler gegen die Uebergehung des Reichstags in der Friedensfrage Einspruch zu erheben.

Ferner wird gemeldet, daß die nationalliberale Fraktion beim nächsten Zusammentritt des Reichstags den Antrag auf Schaffung von Parlaments-Unterschatzsekretären einbringen will, die die Verbindung zwischen Regierung und Parlament ständig und besser aufrechterhalten sollen.

Abgeordnetenhaus.

Steuerfreiheit der Kriegsteuerungs-zulagen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung der Donnerstag-sitzung des Abgeordnetenhauses bildete die Beratung eines in die Form eines Gesetzentwurfs gekleideten Antrags des Zentrums betreffend Steuerfreiheit der Kriegsteuerungs-zulagen. Nach dem Entwurf sollen mit rückwirkender Kraft vom Beginn des Steuerjahres 1915 die während des Krieges bewilligten laufenden und einmaligen Teuerungs-zulagen der unmittelbaren und mittelbaren Beamten des Reichs und des Staats sowie der im Dienste des Reichs, des Staats und der Kommunalverbände stehenden Arbeiter frei von Staats- und Gemeindefiskussteuer bleiben. Seitens der Fortschrittler lag ein Änderungsantrag vor, der auch die Kinderbeihilfen steuerfrei lassen will. Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Drust (3.) forderte die Freilassung der während des Krieges den Angestellten und Arbeitern privater Betriebe von deren Besitzern bewilligten laufenden und einmaligen Teuerungs-zulage. Es bestand ursprünglich die Absicht, den Gesetzentwurf sofort in allen drei Lesungen zu erledigen, aber die Änderungsanträge hinderten die Ausführung dieses Planes, und so einigte sich das Haus dem ohne Debatte dahin, sämtliche Anträge der verstärkten Staatshaushaltskommission zur Vorbereitung zu überweisen.

Nachdem dann noch der Entwurf eines Schatzungs-amts-gesetzes und das Stadtschaftengesetz in dritter Lesung angenommen waren, vertagte sich das Haus bis nach Neujahr. In der ersten Sitzung, die am 16. Januar stattfindet, wird der Finanzminister den Etat einbringen.

Die Hibernialvorlage im Ausschuß angenommen.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Donnerstag die Hibernialvorlage und nahm sie mit allen gegen eine Stimme an.

Der Kommission lag ein Antrag des sozialdemokratischen Vertreters vor, der von der Staatsregierung Auskunft über verschiedene Einzelfragen und Vorlage des zwischen Staatsregierung und Kohlenyndikat abgeschlossenen Vertrages verlangte. Die konservative Partei regte an, die Frage der gemischtwirtschaftlichen Betriebe und die Syndikatsfrage aus der Verhandlung überhaupt auszuscheiden. Hiergegen legte die Linke energisch Protest ein. Es wurde beschlossen, von dem sozialdemokratischen Antrag die auf die Beurteilung des Hibernialantrags bezüglichen Anträge abzulehnen, die Regierung aber zu ersuchen, bei der Beratung des Verg-eatts die auf das Syndikat bezüglichen Fragen zu beantworten.

Die Vertreter der Konservativen, Freisinnervativen, Nationalliberalen und der Zentrums-partei stellten sich ohne weiteres auf den Boden der Vorlage. Der sozialdemokratische Vertreter wies auf die Höhe der Krankheitsziffer in den Hibernialgruben hin. Er bemängelte die Rentabilitätsberechnung und hob hervor, daß bei einer Einschränkung der Rörderziffer durch das Syndikat die Rentabilität erheblich beeinflusst werden würde.

Der fortschrittliche Redner vertat die Auffassung, daß die finanzielle Situation an sich zwar eine äußerst gespannte sei und insofern jede Konjunkturalbeschränkung ungünstig auf den Staatsbetrieb zurückwirken könne, daß aber diese Seite der Frage nicht zu einer Ablehnung veranlassen könne. Wichtiger sei die wirtschafts-politische Seite: ein unangenehmer Einfluß des teuren Kaufs auf die Stellung des Bergbaus zu den Kohlenpreisen sei nicht von der Hand zu weisen.

Der Handelsminister gab zu verstehen, daß eine Ablehnung der Vorlage ein neues Angebot nicht herbeiführen würde. Die Verwaltung glaubt, die vorerwähnte Verzinsung herausarbeiten zu können. Ueber die Erkrankungsziffer bei den Hiberniagraben konnte der Minister keine bestimmte Mitteilung machen. Er sagte aber zu, daß alles geschehen werde, was zu hygienischen Zwecken notwendig sei. Außerdem erklärte er, daß die Regierung nicht beabsichtige, einzelne der Voten bei ungünstiger Konjunktur stillzulegen. Finanzsoll werde der Kauf dem Fiskus nichts kosten, er werde vielmehr noch etwas bringen, aber das sei nicht die Hauptsache, dies liege auf der wirtschaftlichen Seite in der Stärkung des Staates im Syndikat besonders für die Zeit, wenn ein neuer Handelsvertrag abzuschließen wäre. Durch den Verkauf der Hibernia erlange der Staat größeren Einfluß auf den Markt, vor allen Dingen auch durch die bessere Ausstattung mit Sorten. Auf die Anfrage des fortschrittlichen Redners erklärte der Minister, daß der Staat keine Verkaufsorganisation in ihrer Selbständigkeit innerhalb des Syndikats vorbehalten habe. Würde er aus dem Syndikat austreten, so würde also diese Organisation alsbald in Tätigkeit treten können und infolge der vermehrten Förderung durch die Hibernia könnte sie den Markt erheblich stärker beeinflussen als bisher. Auch darin liege eine Vermehrung des staatlichen Einflusses innerhalb des Syndikats. Wenn bei ihm die Neigung bestünde, nur auf den Geldwert zu sehen, werde das Schwergewicht demnach nicht viel größer. Auf die Interessen der Gesamtheit zu sehen, werde ihm nicht schwerer, wenn er neben dem ungünstig gelegenen Rednerhaus noch die gute Hibernia dazu bekomme. Auf die Frage eines Redners für das Kohlen-Syndikat wolle er nicht näher eingehen, der Vorschlag im Zwangs-Syndikatsgesetz sei als reine Kriegsmaßregel gedacht. Im übrigen sprach sich der Minister in dieser Hinsicht ähnlich aus wie im Plenum. Die Stellung der Beamten werde, so lange die Hibernia als Aktiengesellschaft weitergeführt werde, die der Privatbeamten in ähnlicher Lage sein. Wenn die Hibernia in den vollen Staatsbesitz übergeführt werde, vermöge er nicht anzugeben. Ueber die Höhe des Kaufpreises machte der Minister noch verschiedene Angaben, aus denen insbesondere hervorging, daß die Hibernia G. m. b. H. die Aktien im Durchschnitt nicht unter dem vom Staat angelegten Preise erlangt habe.

Zum Berichterstatter wurde Abg. Hoff (nat.) bestellt.

Bundesrat. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Verordnung, betreffend Stempelplikt ausländischer Wertpapiere, der Entwurf einer Verordnung über Haftenspflicht, der Entwurf einer Verordnung, betreffend die Krankenversicherung deutscher Arbeiter im besetzten feindlichen Ausland, der Entwurf einer deutschen Arzneitaxe 1917, eine Ergänzung der Bekanntmachung, betreffend gesundheits-schädliche und täuschende Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen usw., der Entwurf einer Verordnung, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, der Entwurf einer Verordnung, betreffend die Anmeldung von Auslandsforderungen, den Entwurf einer Verordnung, betreffend die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Gerichts-Verwaltungsdienst, und der Entwurf einer Verordnung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses.

Einstellung der Bauten.

Das Generalkommando des 7. Armeekorps in Münster (Westf.) hat die Einstellung aller Bauten, soweit es nicht Kriegsbauten sind, binnen 14 Tagen angeordnet. Ausnahmewilligungen erteilt nur das Generalkommando.

Die Hamburger Bürgerschaft bewilligte einstimmig, ohne Debatte, weitere zehn Millionen Mark für die durch den Krieg erwachsenen Ausgaben, und erhöhte damit die bisher bewilligte Summe auf 105 Millionen Mark, von denen neunzig Millionen auf dieses Jahr entfallen. Für unvorhergesehene Ausgaben wurden zu den bisher bewilligten sieben Millionen Mark eine weitere Million bewilligt.

Der Sieg der Proportionalwahl im Kanton Zürich.

Nach heftigen Kämpfen ist am Sonntag im Kanton Zürich in der Volksabstimmung mit 48 672 gegen 41 919 Stimmen die Einführung der Proportionalwahl des Kantonsrates beschlossen worden. Dafür waren die Sozialdemokraten und Christlichsozialen geschlossen eingetreten, offiziell auch die demokratische Partei und die Konservativen, während die Mehrheit der Liberalen sie bekämpfte. Die Hauptgegner waren die Bauernführer, die Sekretäre der bäuerlichen Verbände und Genossenschaften sowie die Lehrer der landwirtschaftlichen Schulen. Im Jahre 1911 war im gleichen Kanton Zürich der Proporz mit 42 197 gegen 89 474 Stimmen verworfen worden und ebenso hatte im Oktober 1916 der Kantonsrat die jetzt vom Volke mit 7000 Stimmen Mehrheit angenommene Proporzinitiative mit 105 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Die Initiativevorlage, die in der Volksabstimmung angenommen wurde, bedeutet die gleichzeitige Revision der Kantonsverfassung und des kantonalen Wahlgesetzes und zwar definitiv, nicht nur grundfänglich, da sie bereits alle notwendigen neuen Bestimmungen enthält.

Auf jeden Fall handelt es sich um einen bedeutenden politisch-demokratischen Fortschritt, der auch die Siegesaussichten für den Nationalratsproporz bedeutend verbessert hat.

Hindenburg über die Kriegslage.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hatte mit dem Vertreter der New Yorker „World“, A. v. Wiegand, eine Unterredung über die der „Tag“ berichtet. Hindenburg sagte, die militärische Lage sei günstig an allen Fronten. „Wir sind dankbar für das Vergangene, zufrieden mit dem Erreichten, wir haben keine Angst vor dem nächsten Jahr und grämen uns nicht um die Zukunft.“

Die Prophezeiungen der Entente auf das Jahr 1917 würden ebensowenig eintreffen wie jene auf 1916. Auf die Frage, wozu der Krieg dann noch fortgesetzt werde, antwortete Hindenburg: „Fragen Sie die andere Seite!“

„Soll ich daraus entnehmen“, fragt v. Wiegand, „daß Sie geneigt wären, Frieden zu machen?“

„Sobald wir den Ententemächten unseren Willen klar gemacht haben“, erwiderte Hindenburg.

„Und dieser Wille ist —?“ fragt Wiegand weiter.

Hindenburg antwortet: „Daß die vereinigten Ententemächte sehen und sich klar darüber werden, daß sie

Deutschland nicht zerschmettert

haben, daß sie weder Deutschland noch seine Bundesgenossen je zerschmettern können, wie es seit langem geplant war, daß die nötige Sicherheit gegeben werden muß für den zukünftigen Schicksal des deutschen Volkes und seiner Verbündeten gegen die Wiederkehr einer solchen Verschwörung mit ähnlichem Ziel, und daß die Ententemächte das Recht Deutschlands und seiner Bundesgenossen anerkennen werden, sich in friedlichem Wettbewerb mit denselben Rechten und Vorkerkten, die andere Nationen genießen, zu entwickeln.“ — „Nedoch, ich bin Soldat und meine Pflicht ist, Schlachten zu schlagen, wenn möglich hinzuweisen, wo

gute Friedensmöglichkeiten entstehen, aber Frieden an sich machen, ist Aufgabe der Staatsmänner.“

Das Gespräch kam auf die militärischen Aussichten im Frühjahr.

Herr v. Wiegand berichtet darüber:

„Aber sie machen herkulische Anstrengungen und gigantische Vorbereitungen für den Frühling“, warf ich ein.

„Wir auch“, erwiderte Hindenburg rasch.

„Ist damit die neue Hilfsdienstpflicht gemeint?“

„Diese gehört auch mit dazu.“

„Das hieße also ein biblisches Armageddon im Frühling, im Vergleich zu dem die Sommer Schlacht mit ihrer halben Million Verluste ein Kinderpiel war?“

„Möglich, wenn Frankreich und England auf solchen Opfern bestehen, laß sie auf den Granit unserer Mauer im Westen beißen.“

„Nach meiner eigenen Anschauung waren die Deutschen in der Sommer Schlacht an Artillerie den Alliierten unterlegen.“

„Das traf für einige Zeit zu, es war aber, wie die Engländer und Franzosen herausgefunden haben werden, während der letzten Wochen nicht mehr der Fall und wird es im nächsten Frühjahr noch weniger sein“, erwiderte Hindenburg grünnig und legte besonderen Nachdruck auf die letzten Worte.

„Wie ist das Stärkeverhältnis zwischen Deutschland mit seinen Verbündeten und den Ententemächten?“ wogte ich zu fragen.

„Was die Zahl betrifft, ist die Entente den Zentralmächten natürlich überlegen, aber diese Überlegenheit genügt nicht, die kleinen Völker zu schützen, die für die großen Staaten kämpfen und sich für sie opfern müssen. Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien sind solche Ententeopfer. Diese Nationen sind charakteristisch für die heutige Lage, wie die Kriegslagen sie zeigen. Sie sind auch charakteristisch für die bittere Ironie und die Heuchelei Englands, zum Schutz der kleinen Völker in den Krieg gezogen zu sein. Und wenn es noch einer Aufklärung über die tatsächliche militärische Lage bei Jahreschluss bedürfte, blicken Sie doch nach Petersburg und London, wo die Kabinette führen oder zu führen beginnen, und auf die Zeichen der Unzufriedenheit und Unruhe in Russland, Paris und Rom.“

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bezifferte Hindenburg den Gesamtverlust der Entente an Toten, Verwundeten, Kranken und Gefangenen auf 15 Millionen. Unsere Verluste „sind nicht leicht gewesen, aber bleiben in den Grenzen des Erträglichen“.

Ueber die Notwendigkeit

militärischer Vorbereitung

führte der Marschall aus: „Die Kriege sind Volkskriege geworden und nicht mehr Kriege gemieteter Soldner. Natürlich werden sie weniger häufig werden, weil die Völker selbst sie anzufechten haben und weil die Völker sich bemühen werden, sie zu vermeiden und sie abzuwenden. Jede praktische Methode, welche dem Zwecke dient, Kriege noch seltener zu machen, dadurch, daß man einen Weg des Appells an die Vernunft anstatt an die Waffen erfindet, sollte mit Sympathie begrüßt und unterstützt werden. Aber jede Regierung, welche sich dadurch in vollste Sicherheit einlassen läßt und sich auf die pazifistischen Ideen ewigen Friedens auf Erden verläßt und es versäumt, sich auf eine Verteidigung der Existenz, der Ehre und der Rechte ihres Landes vorzubereiten, sündigt schwer an ihrem Volk.“

Miliz oder stehendes Heer?

„Deutschlands Heer wird nie eine Milizarmee sein können, sondern ein Heer von aufs höchste ausgebildeten Kriegeren. Dieser Krieg hat auch die Wichtigkeit eines besondern großen und vorzüglich ausgebildeten Offizierskorps bewiesen. Wo wäre Deutschland heute ohne es? Eine wenig ausgebildete Truppe von an sich guten und tapferen Leuten kann einem Heerführer im besten Falle als Ratgeber dienen, aber der Unterschied läßt sich sofort herausfühlen. Er weiß genau, was gut ausgebildete Truppen leisten können, bei flüchtig ausgebildeten ist er dessen dagegen nicht so gewiß.“

„Der Schweizer Soldat ist ohne Zweifel ausgezeichnet für die Zwecke, für die er erzogen ist und gebraucht wird“, sagte Hindenburg. „Der Schweizer Soldat ist gut, jeder einzelne ein Scharfschütze, und ich habe große Hochachtung vor ihm, aber andere Nationen können sich trotzdem die Schweiz nicht zum Vorbild nehmen. Die Lage der Schweiz ist einzig. Ihre Neutralität ist verbürgt, ihre Armee vollkommen zur Verteidigung ihrer Grenzen und Gebirge ausgebildet, die allgemeine Topographie ist jener Verteidigung sehr günstig. Dasselbe kann von Deutschland nicht gesagt werden.“

Das Gespräch schloß mit der wiederholten Frage: „Und der Frieden?“

„Fragen Sie die anderen“, war des Feldmarschalls Abschiedsgruß.

Stadtverordnetenversammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Dezember 1916, nachm. 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Der freihändige Verkauf des Grundstücks Verna u. r Straße 33/ Bergstraße 45 zum Preise von 130 000 M. frei von Strafanliegen der Beiträge ist Gegenstand einer Ausschussberatung gewesen. Die Ausschussmehrheit hat den Magistratsvorschlag zur Annahme empfohlen; die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte.

Den Versammlungsbeschlüssen betr. die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern ab 1. April 1917 und betr. die Abänderung der Satzung für die Sparkasse ist der Magistrat beigetreten.

Dem Verband für erste Hilfe, der für das laufende Rechnungsjahr 1916 bereits eine Beihilfe von 9000 M. bewilligt erhalten hat, ist um eine weitere Beihilfe von 6000 M. vorstellig geworden, die der Magistrat bewilligen will.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir wünschten, es wäre das letzte Mal, daß wir eine solche Beihilfe leisten. Auf die Dauer kommen wir um die Überwindung des Verbandes in städtische Regie nicht herum. Unser städtisches Rettungswesen, so sehr es auf der Höhe und vorbildlich ist, kann ebenfalls auf die Dauer ohne Verbindung mit dem städtischen Krankentransportwesen nicht bestehen; unsere Kollegen im Vorstand des Rettungswesens haben das schon 1913 betont und zugleich hervorgehoben, daß die Stadt bei angemessener Normierung der Kostenfrage auch keine pekuniären Opfer dabei zu bringen haben würde. Der Magistrat will nun für den Fall der Bewilligung von dem Verbands fordern, daß er für ordnungsmäßige Rettungsdienst ständig bemüht bleibt. „Die Vorkchaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ Die 6000 M. allein werden es nicht machen. Dem Verband fehlt es an Gummibereitungen, Benzol, Ferkelfutter, Chauffeuren und Bedienungsmannschaften. Es würde ihm von großem Nutzen sein, wenn der Magistrat sich entschloße, zunächst diese Koststoffe dem Verband zu beschaffen, dann aber auch dafür zu sorgen, daß der Dienst der Chauffeure und Hilfskräfte als eine Art Zivildienst betrachtet wird. Das Krankentransportwesen liegt zurzeit sehr im Argen; der Verband kann sein Wagenmaterial nicht ausgeben und die Anforderungen an den Krankentransport nicht bewältigen. Das ist eine schwere Gefährdung der öffentlichen Gesundheitspflege. Im „Berliner Tageblatt“ vom 1. De-

zember hat der Direktor der Berliner Eriskrankenkasse, Albert Kohn, mitgeteilt, daß ein an Nasern erkranktes Dienstmädchen den ganzen Tag in der Wohnung des Dienstherrn hat bleiben müssen, weil sein Wagen aufzutreiben war. Arbeiter, die an Lungenblutung erkrankt waren, konnten aus gleichem Grunde tagelang keine Hilfe finden. Wenn solche Dinge in die Öffentlichkeit kommen, haben wir die Pflicht, nach dem Rechte zu sehen. Vielleicht gelingt es durch meine Anregung, den Krankentransport über die Kriegszeit einigermaßen durchzuhalten. Selbstverständlich muß aber darüber hinaus früher oder später bei der Verstädtlichung der Hebel angelegt werden.

Stadtrat Hunge: Wir haben vor 14 Tagen von diesen Vorlesungen erfahren und sofort Vorkehrungen zur Abhilfe getroffen. Bei der Polizei ist nachgefragt worden, daß die wegen Pferdeangel unbenutzt stehenden Wagen in die Feuerwehredepot gebracht und bespannt werden, und die Feuerwehr sich erbietet, im Notfall zu fahren. Die fahrbaren Tragbahnen auf den Feuerwachen sind so eingerichtet, daß je zwei Leute vom Verband, ein Mann und eine Frau, sie schnell jederzeit hinfahren und diese Bahnen zur Abhilfe benutzen können, wo die Automobile nicht ausreichen. Ein Besuch des Verbandes um Lieferung von Benzol haben wir unterstügt; der Verband soll genügend Benzol erhalten, um den Autotrieb energischer aufnehmen zu können. Wegen den Mannschafsmangel können wir nichts machen. Ob wir alle Mängel werden beseitigen können, bleibt die Frage; aber was geschehen kann, ist bereits in die Hand genommen.

Die 6000 M. werden bewilligt.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischer Körperschaften unter Vorsitz des Oberbürgermeisters werden die Stadtv. Hallensleben und Dr. Max Levy als Ersatzmänner zur Verbandsversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin gewählt.

Als Mitglieder der Deputation für die Kriegshilfskassen sind vier Stadtverordnete und fünf Bürgerdeputierte zu wählen. Die Wahl wird vorgenommen; unter den Gewählten befinden sich auch Fröhlich, Heimann, Koblenzer (Soz.).

Zur Verlesung kommt die Vorlage des Magistrats wegen Erhöhung der Kriegszulage.

Stadtv. Koblenzer (Soz.): Wir begrüßen freudig diese Vorlage, weil sie besagt, daß der Magistrat den Arbeitern Hilfe bringen will, weil sie die Teuerungszulagen und auch die Einkommensgrenze heraufgehoben; aber den bestehenden Verhältnissen trägt sie doch nicht genügend Rechnung. Es muß bei weitem mehr geschehen. Die soziale Steigerung der Lebensmittelpreise springt auch denen in die Augen, denen es nicht darauf ankommt, jährlich ein paar tausend Mark für seinen Haushalt mehr auszugeben. Dieser Zustand währt nur schon jahrelang, die Notlage wird immer größer. Fast das gesamte Einkommen muß für Nahrungsmittel und Unterhalt ausgegeben werden; auf Anschaffungen und Erneuerung von Wäsche, Kleidungsstücken und dergleichen kann aber wohl für kurze Zeit, jedoch nicht jahrelang verzichtet werden. Dabei sind jetzt alle Gebrauchsgegenstände drei- bis viermal so teuer und gleichzeitig erheblich schlechter geworden. Was hier erwähnt wird, stellt nur eine kleine Beihilfe zu den Kosten der Ernährung dar. Dabei gibt der Magistrat selbst zu, daß die fortwährende Teuerung zur Aufzehrung der Reserven geführt hat und daß Schulden gemacht werden mußten. Die Lage wird also schließlich unerträglich. Es kommt hinzu, daß Arbeiter und Angestellte der Stadt in solchen Zeiten schlechter gestellt sind als andere erwerbstätige Personen. Sie können die Konjunktur nicht ausnutzen, sie sind auf die vom Magistrat gezahlten Gehälter und Löhne angewiesen, und Gehaltserhöhungen und Lohnzulagen zu erlangen ist sehr schwer. Die Sätze der Vorlage müssen eine Erhöhung erfahren. Die Vorlage unterscheidet wie früher Ledige unter und über 18 Jahren; die ersteren sollen 12, die andern 18 M. monatlich erhalten. Hier sollte kein Unterschied gemacht werden; der junge Ledige unter 18 Jahren braucht die Lebensmittel gerade so sehr und vielleicht noch mehr als der über 18 Jahre. Wir wünschen eine Erhöhung der vorge schlagenen Sätze für Ledige und kinderlose Eheleute, aber auch höhere Kinderzulagen. Das Personal der Kranken- und Pflegeanstalten bleibt bei dieser Kriegszulage teilweise gänzlich unberücksichtigt, so die Irrenwärter. Gewiß belastet unser Personal den Stadtsäckel ganz erheblich; aber es gilt hier, unsere Arbeiter und Angestellten vor Verelendung und Verschuldung zu bewahren. Darum müssen diese größeren Mittel herangezogen werden. Zahlreiche Vororte und Nachbarkommunen leisten mehr als Berlin hier geben will, so Lichtenberg, Reinickendorf, Zehlendorf, Friedenau, Köpenick u. a. (Redner führt die einzelnen Sätze an.) Was diese kleinen Kommunen können, muß auch für Berlin möglich sein. Gewiß werden der Stadt damit sehr große Opfer zugemutet, aber unsere Arbeiter und Angestellten bringen auch an Opfern schon gerade genug. Der Zweck der Vorlage soll doch nicht bloß sein, den Durchhalten in der Ernährung zu ermöglichen, sondern gegebenenfalls auch Neuanfassungen zu gestatten; das ist aber bei diesen winzigen Erhöhungen ausgeschlossen. Die laufenden Zulagen müssen ausgebaut und daneben muß eine einmalige außerordentliche Zulage gemacht werden, womit Reich und Staat vorangegangen sind. In dem Ausschusse, den wir beauftragten, wird auch zu erörtern sein, ob nicht der Vorlage, die am 1. Januar 1917 in Geltung treten soll, rückwirkende Kraft um mindestens einen Monat gegeben werden kann.

Stadtrat Franz legt Verwahrung dagegen ein, daß von einer völlig unzureichenden und winzigen Erhöhung gesprochen wird. Die Notlage werde anerkannt, die Mittel aber mühen aufgebracht werden von einer Bevölkerung, der es zum Teil infolge des Krieges wirklich recht schlecht gehe. Im ganzen werde gegen jetzt 60 Proz. mehr gewährt; die Gesamtleistung erhöhe sich von 4% auf 7 Millionen jährlich. Hört! hört! Das sei eine ganz gewaltige Summe. Preußen und das Reich hielten jetzt nur nach, was Berlin längst getan habe.

Stadtv. Casel stellt sich im wesentlichen auf den gleichen Standpunkt. Man wolle der Notlage entgegenzutreten, aber man müsse auch bedenken, daß die Mittel von den Steuerzahlern aufzubringen seien, die zum Teil in ihrem Erwerb sehr zurückgegangen seien und aus dem Stadtsäckel nichts erhielten. Die Zurückziehung auf den 1. Dezember 1916 wünscht auch der Redner und er stimmt auch der Einführung eines Ausschusses zu.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) tritt lebhaft für die Gewährung der erhöhten Kriegszulage ab 1. Dezember ein; die Arbeiter und Angestellten hätten lange genug auf die Vorlage gewartet.

Stadtv. Koblenzer bleibt bei seinen Ausführungen stehen und stellt erneut fest, daß an laufenden Zulagen in anderen Kommunen mehr gezahlt wird und Charlottenburg, Lichtenberg, Schöneberg auch eine einmalige Zulage zu gewähren beabsichtigen.

Bürgermeister Dr. Reide erklärt die Heranziehung des Beispiels von Charlottenburg für irtümlich.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der vom Vorstande sofort ernannt wird. Ihm gehören auch Glöde, Koblenzer, Ranasse, Ritter, Wurm (Soz.) an.

Zu der Vorlage über die Gewährung einer besonderen Kriegszulage an die städtischen Hilfsarbeiterinnen im Bureau oder Kanzleidienst beantragt Stadtv. Rosenow Ausschussberatung.

Stadtv. Wurm (Soz.): Wir halten für nötig, die Anstellungsverhältnisse der Hilfsarbeiterinnen hierbei allgemein zu erörtern. Eigentümlich und veraltet erscheint die Praxis, diesen Personen keinen Vertrag, nicht einmal in Abschrift, anzuhändigen. Wenn die Damen jetzt entläßt sind, so waren es gerade die Deputierten, die ihnen größere Hoffnungen gemacht hatten. Einstimmig verlangen wir in den Deputationen schon seit Jahren eine Erhöhung der ganz unzureichenden Gehälter. Für die betreffenden Damen beträgt z. B. im städtischen Amt das Höchstgehalt nach 15 Jahren 150 M., und es bleibt 150 M.; auch wenn die Dame 25 Jahre und noch länger ständige Hilfsarbeiterin gewesen ist. Wenn es auch sehr schwierig sein mag, in so schweren Zeiten durchgreifende Reformen durchzuführen, so dürfen doch nicht die am schlechtesten Gestellten die Opfer sein. Diese weiblichen Hilfskräfte begehren durchweg bei gleichen Leistungen geringere Gehälter als

die Männer. — In den „Grundrissen für die Annahme von Maschinenführerinnen“ findet sich der Satz: „Das Dienstverhältnis endet durch Eingehung der Ehe, ohne daß es einer Kündigung bedarf.“ So etwas mutet doch sehr eigentümlich und zypfisch an. Bürgermeister Dr. Reicke: Mit dieser Anregung wird eine gefährliche Bahn beschritten. Den Kriegsnöten sind wir bisher mit Feuerzettelzulagen, nicht mit Gehaltserhöhungen begegnet. Man kann nicht eine Kategorie beliebig herausgreifen. Die neue Gehaltsregelung war schon fast zum Abschluß gelangt, als der Krieg kam; während des Krieges ist nicht die geeignete Zeit, damit vorzugehen; das wird geschehen, sobald ruhige Verhältnisse eingetreten sind. Die Vorlage geht ebenfalls an den sieben eingesetzten Ausschuss. Schluß 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die Börse und die Friedensdrohung.

„Friedensdrohung“? Ja, doch! Es gibt Leute, denen es im Kriege gut, ja glänzend geht, und zu diesen Glücklichen gehören auch viele Besucher der Börsen. Aber Vorsicht! Denn die Kriegskonjunktur zeigt überall dieselben Erscheinungen.

Diesen Leuten kommt der Frieden ins Gesicht. Wenn alle Menschen jubeln, verkaufen sie Hals über Kopf. Gewiß, nicht jeder Börsenbesucher denkt so frivol, aber es gibt doch auch Kriegsspekulanten, die sich vor dem Frieden fürchten. Am meisten in den neutralen Ländern, wo man sich des in gewöhnlicher Ruhe erworbenen Vermögens doppelt froh erfreut, da das Schicksal des Schlachtfeldes nicht droht.

So darf es denn nicht wundernehmen, daß in Amsterdam, New York, Kopenhagen die Kurse stürmisch hinunterpurzelten. Erst die blindwütigen Kriegsartikel der „Times“ und „Daily Mail“ haben das Vertrauen neu gekräftigt, daß die Raserei des Weltkriegs fort-dauern werde.

Der Kurssturz wäre aber noch viel größer, wäre der Frieden wirklich schon „eine Gefahr“. Aber schon leimt die Hoffnung wieder, die Rede Behmann Hollwegs sei nur ein schreckhaftes Zwischenspiel gewesen. Die New Yorker Börse war am Mittwoch bereits wieder „starr“.

Die Berliner Börse hat die Friedensdrohung recht gefaßt aufgenommen. Die meisten Kurse sind schon seit Wochen gedrückt wegen des Zivildienstgesetzes, der Kriegsteueranleihe nach dem Standzustand vom 31. Dezember 1916 und den drohenden neuen Steuern. Daher hielten sich die Abkömmlinge am Mittwoch in engen Grenzen und am Donnerstag stiegen Daimler-Aktien, weil wieder einmal Kapitalerhöhungsgerüchte aufstauten.

Erfreulich ist nur, daß der Kurs der Reichsmark im Ausland eine sprunghafte Erholung erfahren hat: in Zürich von 79 auf 85 Franken.

Auf den amerikanischen Warenbörsen war Getreide sehr erheblich billiger, Baumwolle teurer.

Aus Groß-Berlin.

Teuerungsfolgen.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die leidige Teuerung war in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten Berlins wieder Hauptgegenstand der Verhandlungen. Infolge der Teuerung mußte dem Verband für erste Hilfe, der das Krankentransportwesen besorgt, eine Erhöhung des Zuschusses aus dem Stadtfiskus bewilligt werden. Mit Rücksicht auf die Teuerung beantragte der Magistrat für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt eine Erhöhung und Erweiterung ihrer Kriegszulagen. Wegen der Teuerung hielt er für nötig, den besonders ungünstig gestellten ständigen Bureauhilfsarbeiterinnen eine besondere Kriegszulage zu geben. Und schließlich zwang die allgemeine Teuerung auch dazu, den neuen Vertrag über die Bestellung der Altkemwagen zu sehr viel höheren Preisen abzuschließen.

Erörterungen knüpften sich an die drei erstgenannten Anträge. Daß der Verband für erste Hilfe jetzt nicht nur unter Geldmangel leidet, sondern auch noch unter anderen Erschwerungen der Kriegszeit leidet, zeigte unser Genosse Weyl. Er führte Fälle von Verzögerung des Krankentransportes an, die man in der Tat sehr bedenklich finden muß. Stadtrat Runge erwiderte mit Aufzählung einiger Maßnahmen, die Abhilfe bringen sollen. Man wird sehen, ob sie genügen. Zu dem Magistratsantrag über die Aufbesserung der allgemeinen Kriegszulage trug Genosse Koblenzer die Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion vor. Aus der vom Magistrat selber gegebenen Begründung folgerte er, daß auch die jetzt beabsichtigte Aufbesserung noch nicht genügt. Er forderte, daß außer der regelmäßigen Kriegszulage noch eine einmalige außerordentliche gewährt wird. Die Magistratsvertreter, Stadtrat Franz und Bürgermeister Reicke, versuchten diese Forderungen abzuwehren. Aus den Erklärungen der Redner des Freisinn ging nicht klar hervor, wie sie sich dazu stellen. Die Vorlage soll in einem Ausschuss vorbereitet werden. Einem Ausschuss wurde auch die Vorlage wegen der besonderen Zulage für die ständigen Bureauhilfsarbeiterinnen überwiesen. Stadtverordneter Rosenow beklagte, daß sie zu gering ist. Genosse Wurm beklagte die Anstellungsverhältnisse dieser Hilfsarbeiterinnen, geißelte die Zurücksetzung, die ihnen zuteil wird, weil sie Frauen sind, und forderte eine durchgreifende Gehaltsaufbesserung, die den Krieg überdauern soll. Bürgermeister Reicke erklärte bei dem Gedanken und warnte davor, diesen Weg zu betreten.

Die Tribüne war stark von Frauen besetzt, was man sonst im Rathaus nicht gewohnt ist. Es waren offenbar hauptsächlich Bureauhilfsarbeiterinnen, die hören wollten, wie über ihr Schicksal verhandelt wurde.

Brachliegende Acker.

Man schreibt uns: Auf Anordnung eines Gerichts bin ich zum Zwangsverwalter eines großen Grundstücks im Kreise Niederbarnim ernannt worden. Die Besitzerin, eine G. m. b. H., hat die Hypothekenzinsen nicht entrichtet, weshalb der Gläubiger die Zwangsversteigerung betreibt. Ich konnte nun folgendes feststellen: Der Geschäftsführer der Gesellschaft hatte keine Ahnung von diesem Grundstück. Es liegt seit mehreren Jahren total brach, ist infolgedessen verwildert und entwertet, während es unter dem früheren Besitzer reiche Erträge an Roggen, Kartoffeln, Rüben usw. geliefert haben soll. Nun habe ich es billig auf mehrere Jahre verpachtet, damit es wieder in einen leidlichen Zustand kommt. Bei dieser Verpachtung habe ich ferner feststellen können, daß nicht nur im Kreise Niederbarnim, sondern auch in anderen Kreisen um Berlin noch Tausende von Morgen Acker, die früher Frucht getragen haben,

brach liegen, weil sich niemand um sie kümmert. Ist das unter den heutigen Verhältnissen nicht ein Skandal?

Richtung: Vergangenheit.

Nach und nach schrauben uns die Lichtschranken und früheren Sperrstunden in die Vergangenheit zurück. Stiller werden die Abende auf den Großstadtstraßen, der Verkehr schläft früher ein, Berlin wird kleinstädtischer — je gewaltiger die Kriegstechnik um sich greift, ohne daß man doch außerhalb der Mauern der Kriegsindustrie und hinter den Grenzen des Kriegsgebietes etwas hiervon merkt. Die Kinos flammen nicht mehr in die Nacht, die Theater schließen eher und der Aneignungs- oder Casétschuh muß früher verlassen werden. Man könnte an Mark Twains Geschichte von dem Manne denken, den eine nachgehende Uhr immer weiter zurückbleiben läßt, bis er nur noch mitternachts allein in der vorigen Woche herum schwimmt. Eines schönen Tages erscheint gar ein Hilfsdienst-Nachtwächter mit Laterne und Horn und ruft — weil doch auch die Beleuchtung der Turm- und Normaluhren aufhören muß — die Stunden aus:

„Hört, Ihr Leute! und laßt Euch sagen
Die Glock' hat zwölf geschlagen.
Verwahrt das Feuer und das Licht,
Daß niemand nicht kein Schaden g'sieht —
Lobet Gott den Herrn!“

Polizeistunde und Beleuchtungsbeschränkungen.

Das Polizeipräsidium teilt mit:
1. Auf Grund der in § 3 Absatz 2 der Bundesratsverordnung betreffend die Eripansis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1916 vorerlassenen Ermächtigung und des von den Herren Ministern erteilten Auftrages hat der Polizeipräsident von Berlin für den Landespolizeibezirk Berlin bestimmt, daß es für Speisewirtschaften bei der bisherigen Schlußstunde (10 Uhr) bewendet daß in Gast- und Schankwirtschaften sowie in Konditoreien und Cafés, welche gegenwärtig der allgemeinen Polizeistunde (11 Uhr) unterliegen, diese auf 10 Uhr herabgesetzt wird; daß diejenigen Betriebe vorstehend gedachter Art, welche jetzt bis 12 Uhr offen halten dürfen, um 11 Uhr zu schließen sind; daß endlich solche, welche bisher über 12 Uhr mitternachts Polizeistunde hatten, nun jetzt ab um 11 1/2 Uhr schließen müssen. Vereins- und Gesellschaftsräume (Klubs, Kinos), in denen Speisen und Getränke verabreicht werden, haben ebenfalls um 11 1/2 Uhr zu schließen. Für Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schauspieler stattfinden, und öffentliche Vergnügungstätten verbleibt es vorläufig bei den jetzt vorgeschriebenen Schluß um 11 Uhr.

2. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß zu der verbotenen Außenbeleuchtung von Gebäuden zu gewöhnlichen Zwecken auch die Lampen und Laternen gehören, welche lediglich den Zweck verfolgen, die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden zu erregen.

3. Außenbeleuchtung von Schaufenstern will der Polizeipräsident allgemein in den Fällen zulassen, in denen eine Innenbeleuchtung der Schaufenster unterbleibt und die vorhandenen Außenbeleuchtungskörper die Einschränkung der Beleuchtung auf ein bescheidenes Maß gestatten.

4. Bezüglich der Innenbeleuchtung der Schaufenster und der Läden, welche nach der Verordnung auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken ist, gibt sich der Polizeipräsident der Erwartung hin, daß die Ladenbesitzer es an einsichtsvollem Verhalten nicht werden fehlen lassen und es daher vorläufig von besonderen polizeilichen Vorschriften Abstand nehmen kann. Derselbe Erwartung hegt der Polizeipräsident wegen der Innenbeleuchtung der Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspiele, sowie ähnlicher Schaufenster und öffentlicher Vergnügungstätten. Polizeiliche Nachprüfungen im einzelnen behält er sich vor.

Kundenlisten bei Kartoffelbezug.

Die Zustände am Berliner Kartoffelmarkt sind so mißlich geworden, daß man — wie wir hören — ernstlich die Einführung von Kundenlisten, wie beim Butterbezug, erwägt.

Höchstpreise für Pferdefleisch.

Von zuständiger Seite wird der Presse mitgeteilt:
Die bestehende Fleischmangel und die Tatsache, daß Kartentwanz für Pferdefleisch nicht besteht, haben die Nachfrage milderbemittelter Schichten der Bevölkerung, besonders in industriereichen Gegenden, nach Pferdefleisch gesteigert. Die Folge ist gewesen, daß die Preise im Kleinhandel fortgesetzt sehr stark gestiegen sind. Es werden jetzt in einzelnen Teilen des Reiches, besonders in Mitteldeutschland, 1200—1500 M. für ein Schlachtpferd bezahlt und für ein Ferkel Fleisch im Kleinhandel Preise gefordert, die bis zu 200 M. für Fett, Leber u. dergl. aber sogar 300 M. anstiegen. Diese Preistreiterei widerstreitet dem Interesse der ärmeren Bevölkerung; sie hat auch die bedauerliche Folge, daß Ruspriere bei ihrem offenbar hohen Schlachtwert eher abgeschlachtet werden, als dies im nationalökonomischen Interesse nötig ist.

Es ist deshalb aus Kreisen des Handels wie aus Verbraucherkreisen die Festsetzung von Höchstpreisen gefordert worden. Die Bundesregierungen haben sich sämtlich für die Höchstpreisfestsetzung für das Reichsgebiet ausgesprochen. Hierbei ist stets betont worden, daß die Festsetzung von Preisen für das lebende Schlachtpferd sowie für das Schlachtfleisch im Großhandel unzulässig sei, weil die Güte der Ware stark nach Alter und Gebrauchsdauer der Tiere schwankt. Es ist vielmehr für zweckmäßig erachtet worden, nur Kleinhandelspreise für das Pferdefleisch als Höchstpreise festzusetzen. Der Einkaufspreis wird sich diesen um so eher anpassen, als der Abzug von Pferden zum Schlachten nicht beliebig verhindert werden kann. Ueberdies ist mit dem Kriegsministerium ins Vernehmen getreten worden, damit dieses durch entsprechende Verfügung die Abgabepreise der einzelnen Stellen der Heeresverwaltung den künftigen Kleinhandelspreisen anpassen kann.

Die aus der Verordnung ersichtlichen Kleinhandelspreise stellen einen nicht zu niedrigen Durchschnitt der jetzt an den wichtigsten Verbrauchsplätzen bezahlten Preise dar. Da es noch erhebliche Restbestände gibt, in denen derzeit billigere Preise gezahlt werden, z. B. im Osten und Süden, soll § 2 des Landeszentralbehörden die Befugnis einräumen, diese niedrigeren Preise durch besondere Preisfestsetzungen festzuhalten. Ausnahmen von der Preisfestsetzung nach oben sollen nur dem Kriegsernährungsamt vorbehalten bleiben. Ausländisches Pferdefleisch soll grundsätzlich dem Höchstpreis unterliegen.

Da die Preise Kleinhandelspreise sind, muß den Händlern Zeit gelassen werden, sich mit dem Einkauf auf sie einzurichten, weshalb eine Frist für das Inkrafttreten vorgesehen wird. Die Gemeinden werden zweckmäßig den Abzug von Pferdefleisch bzw. den Ankauf der Schlachtpferde selbst übernehmen und Sorge tragen, daß Anbringung zu den Verkaufsstellen sowie ungerichtete Verteilung unterbleibt. Dies ist anfangs durch Kommunalisierung oder Uebernahme der Schlachtungen, durch Einführung einer Nummernfolge der Käufer, wie vielerorts für Freibankfleisch üblich, und dergleichen. Die Befugnis der Gemeinden hierzu ist in § 3 der Bekanntmachung besonders festgelegt. Die Landeszentralbehörden können die Gemeinden zur Ausübung dieser Befugnis anhalten.

Das Verbot der Herstellung von Dauermarken aus Pferdefleisch wird damit begründet, daß hierzu keinerlei Bedürfnis vorliegt und daß das Vorhandensein solcher Marken Anlaß dazu bieten kann, letztere unter irreführender Bezeichnung als Wurst aus anderem Tierfleisch in den Handel zu bringen.

Die Höchstpreise stellen sich wie folgt:

1 Pfund Lendenbratenfleisch, Leber, Frischwurst oder Fett	1,80 M.
1 Pfund Muskelfleisch (ausgenommen Lendenbratenfleisch) (ohne Knochen)	1,60 „
1 Pfund Herz und Eingeweide, Knochenfleisch und andere geringere Sorten	1,40 „
1 Pfund Knochen	0,20 „

Diese Preise stellen zwar eine erhebliche Herabsetzung der gegenwärtig in den großen Städten und den Industriegebieten gezahlten Sätze dar, sind aber immer noch viel zu hoch, besonders deshalb, weil Pferdefleisch nur von der geringbemittelten Bevölkerung gekauft wird. Es muß erwartet werden, daß die Preise, nachdem man dem Handel eine ganz kurze Frist gewährt hat, eine weitere gründliche Herabsetzung erfahren.

Warnung vor dem Bezug ausländischer Pakete. In einer in den letzten Tagen veröffentlichten Warnung vor dem Bezug ausländischer Pakete mit Lebensmitteln wurde darauf hingewiesen, daß die eingefandten Waren, soweit sie zentralisiert sind, von den mit der Durchführung der Zentralisierung beauftragten Gesellschaften mit Befehl belegt werden müssen. Die hierbei genannten Waren: Butter, Käse, Eier, Margarine, Schmalz, Gälfrüchte, Fleisch und Fleischwaren, Heringe, Kaffee, Tee, Kakao, kondensierte Milch stellen kein vollständiges Verzeichnis der zentralisierten Waren dar, vielmehr gehören zu den zentralisierten Artikeln auch alle zubereiteten ausländischen Früchte und Zubereitungen von Fischen, wie geräucherter und gefalzener Fische, Fischlöße, Fischkonserven usw.

Die Eröffnung des Lindentunnels abermals verschoben. Die Inbetriebnahme des Tunnels, die zuerst Dienstag, dann Donnerstag beabsichtigt war, ist nun auf Sonnabend verschoben worden, weil an einer Reihe der Wagen der Großen Berliner Straßenbahn Reparaturen vorgenommen werden müssen, die sie zur Fahrt durch den Lindentunnel geeignet machen. Der Tunnel war bereits am Montag betriebsfähig; es ist jedoch zwischen den Leitungen der Städtischen Bahnen und der Großen Berliner Straßenbahn ein Abkommen getroffen worden, den Betrieb gemeinschaftlich am Sonnabend zu eröffnen.

Treptow-Sternwarte. Im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte finden folgende Kinovortrüge statt: Sonnabend, 16. Dez., 5 Uhr: „Walrosse, Eisbären und Alken“. Sonntag, 17. Dez., 3 Uhr: „Mit Ozeandampfer von Bremen nach New York“, um 5 Uhr: „Liniere Marine“ und um 7 Uhr: „Hinter der Front“. Mittwoch, 20. Dez., 5 Uhr: „An den Ufern des Rheins“. Am Dienstag, 19. Dez., abends 7 Uhr, spricht Herr Direktor Dr. F. S. Ardenhold unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder über „Vernohbarkeit der Welt“. Kriegsverwundete haben zu allen Vorträgen freien Zutritt; ebenso ein Kind in Begleitung eines Erwachsenen. Mit dem großen Fernrohr werden am Tage die Sonne mit ihren Flecken, abends Jupiter und Mars, Doppelsterne, Sternhaufen usw. beobachtet. Das Institut ist täglich von nachmittags 2 bis 10 Uhr abends geöffnet.

Die Schifffahrt ist andauernd erge. Sowohl auf den märkischen Wasserstraßen sowie auf der Oder werden besonders Kohlen, Erze und Zucker befördert, auch Kalksteine und Krefkohlen werden besonders auf der Spree noch in größeren Mengen herangeschafft, während es an Rüben- und Kartoffelstrahlen im Gegenjag zu anderen Jahren leider fehlt.

Fahrpreidemäßigung für Laubkolonisten. Die für 1916 ausstellen, zur Lösung von Arbeiterarten berechtigenden Ausweisarten zur Erlangung der Fahrpreidemäßigung für die Laubkolonisten der Umgebung Berlins gelten, wie die Igl. Eisenbahndirektion mitteilt, unverändert, unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, längstens aber für die Dauer des Krieges, auch für das Jahr 1917. Ausweisarten auf Grund neuer Anträge werden ausgegeben beim amtlichen Reisebüro, Potsdamer Bahnhof, Auskunftsbureau Alexanderplatz und bei der Güterabfertigung Wedding. Die Fahrkartenausgaben sind verpflichtet, Auskunft zu erteilen.

Die Weihnachtspost in Groß-Berlin. Im Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin sind folgende Vorkehrungen getroffen: Am 24. Dezember sind die Paketannahme- und Ausgabehäuser von 8 bis 1 Uhr geöffnet und es findet eine einmalige Paketbestellung statt. Am 25. Dezember erfolgt eine einmalige Paket- und Geldbestellung, am 26. eine einmalige Paketbestellung und nach allen Landorten neben der Briefbestellung eine Paket- und Geldbestellung. Das Reichspostamt gibt außerdem dem Publikum für die Weihnachtzeit folgende Ratsschlüsse: Die Entlieferung der Wertpakete sollte nicht zu den Abendstunden verschoben, sondern, wenn möglich, an den Vormittagen erledigt werden. Auch sollte es die Regel bilden, daß die abgehenden die einzuliefernden Weihnachtspakete durch Postwertzeichen selbst freimachen. Mit seinem Bedarf an Postwertzeichen möchte sich ein jeder bald versehen. Zeitungen sollten nicht in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember am Schalter bestellt werden.

Der Polizeipräsident warnt vor Hausfeuern, die Waren mit der Angabe feilbieten, sie seien von erblindeten Kriegern angefertigt, und empfiehlt, sich in Zweifelsfällen an die städtische Blindenanstalt Drantzenstr. 26 (Fernruf Magistrat 268) oder die königliche Blindenanstalt in Berlin-Siegaly zu wenden.

Sparlos verschwunden ist seit dem 4. November die 29jährige Handels- und Gewerbeschillerin Elisabeth Binder, die in der Wisdomstr. 19 in Potsdam gewohnt hat. Sie hatte sich am Nachmittag des genannten Tages aus der Wohnung entfernt und eine Bootsfahrt auf der Havel unternommen. Dort ist sie etwa gegen 1/2 Uhr in der Nähe des Lustschiffhafens gesehen worden. Das Boot wurde zwei Tage später am Lustschiffhafen leer aufgefunden. Eine Abtuchung des Wassers und der Wäldungen in jener Gegend sind ergebnislos geblieben. Nach den Befundungen der Angehörigen liegt ein Grund zu einem Selbstmorde auch nicht vor. Es wird von der Behörde ein Verbrechen für möglich gehalten. Die Vermisste ist etwa 1,65 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, dunkelbraune Augen, rundes, gesundes Gesicht, an der Oberlippe kleinen Haartwachs und eine Narbe. Sie trug dunkelblaues Kostüm, dunklen Lodenmantel mit Kermel, rote Bluse mit ausgefransetem Saum und mit schwarzen Perlen besetzten Halstrand und runde dunkle Felle. Ihre Wäsche ist E. B. gezeichnet. Die Mutter der Verschwundenen hat auf die Ermittlung ihrer Tochter eine Belohnung in Höhe von 500 M. ausgesetzt.

In großer Lebensgefahr schwebten am Donnerstag die drei und sieben Jahre alten Kinder Hertha und Charlotte Neugebauer bei einem Brande, der nachmittags in Abwesenheit der Mutter in der Küche ihrer Wohnung Landsberger Straße 108 vermutlich durch Unachtsamkeit der Kleinen aufgenommen war. Die Hausbewohner bemerkten die Gefahr, als dicke Qualm aus der Wohnung drang und alarmierten die Feuerwehr, die die bewußtlosen Kinder herausholte.

Zeugen gesucht. Am 18. November, 1.30 nachmittags, verunglückte vor dem Hause Kuppiner Straße 7 eine ältere Frau, indem sie von einem Omnibus der Linie 23 stürzte. Sie wurde ins Lazarus-Krankenhaus gebracht. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse an Otto Pfeil, Berlin-Pankow, Steegerstr. 51, abzugeben.

Aus den Gemeinden.

Schöneberg. Der Schöneberger Magistrat verteilt in der Zeit vom 14. bis 20. Dezember auf die Abchnitte 39—41 der Lebensmittelkarte: 100 Gramm Graupen, 125 Gramm Grieß, 200 Gramm Lebensmittel. Die Vorräte reichen zur Einlösung aller ausgegebenen Lebensmittelkarten aus. Ein-Anstellen um die Ware ist daher zwecklos.

Charlottenburg. Zur Gründung eines Vereins zur Förderung der Ferienziele findet heute Freitag, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinestr. 4, eine Besprechung statt. Freunde des bereits seit einigen Jahren in Charlottenburg gepflegten Ferienzielwesens, um dessen planmäßigen Ausbau es sich handelt, sind freundlich eingeladen.

Wittenau-Vorfälle. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Bürgermeister Witte eine Übersicht über die von der Gemeindeverwaltung beschafften Lebensmittel u. dergl. Danach wurden während der Kriegsdauer 1.232.000 M. verausgabt; davon 1914: 18.400 M., 1915: 656.000 M., 1916: 558.000 M.; eingenommen wurden 1914: 2000 M., 1915: 506.000 M., 1916: 700.000 M., insgesamt 1.260.000 M. Es ist noch ein Bestand im Werte von rund 26.000 M. vorhanden. Für Mehl wurden 1914/16 ausgegeben 208.000 M., für Kartoffeln 1915/16 229.000 M., für Futtermittel 1915/16 115.000 M. — Die Gemeindevertretung bewilligte wie im Vorjahre abetmals 10.000 M. zum Ankauf von Liebesgaben für Wittenauer Kriegsteilnehmer, davon 1000 M. für die am Orte stehende Rotkrieger-Gewehrabteilung. Außerdem stehen noch die infolge Aufrufs des Bürgermeisters eingegangenen zahlreichen freiwilligen Spenden zur Verfügung. Weiter stimmte die Vertretung der Umwandlung einer Leibes- in eine Lehrerinnenkassette zu; der betreffende Lehrer mußte pensioniert werden. Dazu wurde noch eine Lehrerin fest angestellt vom 1. Oktober 1916 ab und ein Lehrer zum 1. April 1917 gewählt. Ferner lagen einige Anträge auf Erwerb von Hypotheken durch die Gemeinde zur Genehmigung vor. Es betraf die Grundstücke der Weissenhofen Erben an der Dranienburger Straße, am Bahnhof Wittenau. Nach Darlegung des Sachverhalts stimmte die Vertretung einigen Anträgen zu, bei anderen wurde dem Bürgermeister in Gemeinschaft mit zwei Gemeindevorstreitern zum Erwerb unter günstigen Bedingungen freie Hand gelassen. Endlich lag noch ein Antrag auf Erwerb eines Grundstücks in der Teisstraße durch die Gemeinde vor. Die Vertretung trat dem noch nicht näher, da hier erst noch Straßenänderungen zu erledigen sind, auch eine Bodengesellschaft noch mehr interessiert ist. — Wie der Bürgermeister mitteilte, ist es ihm gelungen, außer den bereits flott abgenommenen Festgaben noch einen großen Posten zu beschaffen, die noch im Dezember zur Verteilung gelangen werden. Die Versorgung der Gemeinde mit Nahrungsmitteln funktioniert weiter gut.

Teltow. Der Landrat hat mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die Bestimmung erlassen, daß dem Rischmehl (Protomehl) reines Weizenmehl bis zu weiteren 17 Gewichtsteilen hinzugesetzt werden kann. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Aus aller Welt.

Schneestürme in der Schweiz.

Bern, 14. Dezember. Aus allen Gegenden der Schweiz treffen Nachrichten über außerordentlich starken Schneefall ein. Zahlreiche Unglücksfälle werden gemeldet. Eine Staublawine verschüttete die Berninabahn, die Reisenden konnten jedoch gerettet werden. Zwei Arbeiter wurden verschüttet. In Pontresina wurde ein Kinderanatorium vom Schnee begraben.

Zwei Kinder wurden getötet, zwei andere schwaben in Lebensgefahr. Auf dem Gotthard erreichte der Schnee eine Höhe von 5 1/2 Meter. Die Telefonverbindung mit dem Tessin ist unterbrochen.

Bern, 13. Dezember. Im Engadin und im Kanton Wallis herrschen fürchterliche Schneestürme. In Saasdal wurden 18 Ställe mit Vieh und das Hotel auf dem Monte Moro durch Lawinen zerstört. Bei den Vernina-Häusern wurden acht Mann von einer Lawine begraben, sie konnten gerettet werden. Durch eine Lawine wurde die Julierpost mit vier Mann und fünf Pferden in den Julierkloß getrieben. Die Vermissten konnten ebenfalls gerettet werden. Die Malojapost ist unterbrochen, die Rhätische Bahn gesperrt.

Ufer an der genuesischen Küste.

Bern, 14. Dezember. Gestern vorbeerte ein orkanartiger Sturm die genuesische Küste des Mittelmeeres. Im Hafen von Genua wurden viele Schiffe von den Ketten gerissen, auseinander gefahren und schwer beschädigt. Mehrere Hafenschiffe und Barken verlor. In der Nacht wurden viele Gebäude beschädigt. Der Dreimastler „Astrea“ (1270 Tonnen) scheiterte vor Cognogli, vier Mann ertranken. In ganz Ligurien entstand schwerer Schaden. Die Eisenbahnlinie Genua-Ventimiglia ist unterbrochen. Eine Flutwelle lag zwischen Bejme und Arenzano ein Stück der Eisenbahnlinie fort. In Bologna wurden erdbebenartige Erscheinungen beobachtet. Kamine stürzten ein, viele Personen wurden verletzt. Aus Rom wird gemeldet: Infolge Sturmes sind Telegraphen- und Telefonverbindungen mit Inland und Ausland unterbrochen.

Der Raubmörder Ebert verhaftet. In Wismar wurde am Mittwoch der Räuber Ebert verhaftet, der am 23. August 1915 den dänischen Kaiser Rorik in der Umgegend von Bergedorf erschossen und beraubt hat. Zehn Monate danach wurde die Leiche des Ermordeten aufgefunden und die Person des Täters festgestellt. Obwohl man seine Spur inzwischen an zahlreichen Orten bemerkt zu haben glaubte, ist es jetzt erst gelungen, ihn dingfest zu machen.

Ein angenehmer Zeitgenosse ist dieser Tage in Paris gestorben. Man nannte ihn dort den „Adlig der Kaufbolde“, denn Zweikämpfe und Prügeleien waren sein eigentlicher Lebenszweck gewesen. Nebenbei redigierte Herr Rouzier-Docciore die „Revue des Sports“ in einem Pariser Blatt. Auf den Boulevards, wo er sich in den Ruhestunden, die ihm sein Haupt- und Nebenberuf ließ, in auffälliger Kleidung — Angströhre, Pelzermantel und Reitstiefel — herumzutreiben pflegte, wurde er den Fremden als eine Sehenswürdigkeit der Weltmetropole gezeigt. Vor fünfzehn Jahren gründete er mit einigen gleichgesinnten Freunden die Gesellschaft der „Musketiere“.

die sich die Aufgabe stellte, jeden ihnen Mißfallenden aus Paris „herauszugraulen“. Bei Beginn des Krieges ging er als Krieger ins Feld und dort hat jetzt ein Blutsturz dem Leben dieser Herde der Gesellschaft ein Ende gemacht.

Jugendveranstaltungen.

Köpenick. Sonnabend, 16. Dezember, 8 Uhr, im großen Saal des Stadttheaters Weihnachtsfeier der Arbeiterjugend. Durch ein reichhaltiges Programm, das nur von Augenblicken ausgefüllt wird, ist für gute Unterhaltung gesorgt. Saalöffnung 7 Uhr. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind noch am Eingang zu haben. — Sonntag, 17. Dezember, abends, im Jugendheim, Schönerlinde Str. 7, Vortrag über Jugend und Jugendliteratur.

Neudölln-Brick. Sonntag, 17. Dezember, 1 Uhr: Treffen zu einem Nachmittagspaziergange nach der Köpenicker Heide, Rathaus, Ode-Graben. — Mittwoch, 20. Dezember, 8 Uhr, Vortrag „Jugend und Alkohol“ des Wessener Reizkranke vom Arbeiter-Klubverein. Abonnement auf die „Arbeiterjugend“ werden dort entgegengenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Etwas Nr. 3, IV, 201 rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Briefkasten ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterscheidungsbezeichnung. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsausfertigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

— **N. 3, 13.** Zum Abzug von der Kasse sind Sie nicht berechtigt. Sie möchten die Kosten für die Offizin von der Wirtin einfordern, event. durch Klage beim Amtsgericht. — **N. 13, 1. und 2. Ja.** — **N. 98.** Ihre Tochter aus erster Ehe haben keinen Erbanspruch an den Nachlass des Ehemanns; Sie brauchen Sie deshalb auch nicht anzugeben. — **N. 14.** Sie müssen alle Ihnen gedrückten Sachen, dazu gehören auch die event. von der ersten Ehefrau gerichten, angeben, ferner auch die ausstehenden, nicht eingelagerten Forderungen und die auf Handlöhne verfallenden Sachen. Die Übergabe jedes einzelnen Gegenstandes wird nicht gefordert, es muß dafür der Gesamtwert angegeben werden. Die von Ihnen gedruckte Schlussnote ist nicht zulässig. — **N. 2, 7.** Wenn der Mietzins monatlich vereinbart ist, können Sie am 15. zum letzten eines jeden Monats die Wohnung kündigen. — **N. 3, 10.** 1. Die Kündigung kann auch nur zum Teil bewirkt werden. 2. Ja, wenn in den Verhältnissen des Vaters nicht eine Besserung eintritt, die die Entziehung der Lösung gerechtfertigt erscheinen läßt. 3. Die Todeserklärung kann ein Jahr nach dem Tode des Vermittlers beim Amtsgericht beantragt werden. 4. Für das Ersatzbatalion desjenigen Regiments, von dem der Vermittler feuerzeitlich eingezogen wurde. 5. Die Zahlung der Lösung für Vermittler oder Befehlshaber ist nicht im Befehl vorgelesen, sondern durch eine kriegsministerielle Verordnung geregelt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Teilweise heiter, jedoch vorwiegend bewölkt, bei wenig veränderten Temperaturen geringe Niederschläge.

Am 10. Dezember starb an Herzschwäche mein lieber Mann und bergensguter Vater, der Schriftsteller

Adolf Abraham

Sanonier im Infanterie-Regt. 11, Thorn.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Martha Abraham

und Tochter.

Neudölln, den 13. Dezember 1916.

Donnerst. 25.

Die Einäscherung findet Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Baumhulsenweg statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Albert Neumeler

am 7. Dezember an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

127/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher

Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer

Franz Wichmann

von der Firma Victoria-Brauerei, Straßau, am 7. d. M. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

70/8 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staats-

arbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Karl Mai

von der Parkverwaltung (Vilariapark).

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung heute Freitag, den 15. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Kreuzkirchhofes in Mariendorf aus.

Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen erlucht

35/5 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Zum Tode meines unergeliebten Sohnes und Bruders, des Landsturmmannes

Rudolf Lüders

geb. am 28. April 1893, gest. am 11. Dez. 1916.

Dies alles rief ich ihm geliebten vom Jugendtage, vom Leben und Lieben.

In trauriger Erinnerung Helene Lüders als Mutter, Grete Czernat als Schwester, Fritz Czernat als Schwager (jüngst im Felde), Erich u. Grete als Neffe u. Nichte.

Am Mittwoch, den 13. Dezember, früh 5 Uhr, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein bergensguter Mann und inniggeliebter Vater

Heinrich Merke.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Hedwig Merke

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Wohnung, Schlemmerstraße 48, auf dem Glas-Richhof in Nordend um 4 Uhr statt. 136/8

Nach langen, schweren Leiden verschied am 13. Dezember unser lieber, guter Sohn

Walter Oest

im 21. Lebensjahre. 16105

Die tiefbetrübt Eltern

Max Oest und Frau.

Berlin-Edenöde, Hallesstr. 11.

Die Beerdigung findet morgen

Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Bergstraße, aus statt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Beiträgen bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters

Franz Thom

setzen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma H. Borch, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Unterhaltungsverein d. Schmiede, dem Arbeiterverein sowie den Sängern des „Belagereins“ „Annergerin“ unseren herzlichsten Dank. 16106

Sine. Elie Thom nebst Tochter.

ALASKA-Füchse

Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfüchse, garnituren, sowie sämtl. edleren Pelzarten in entzückenden Ausführungen in meiner Werkstatt
Köln, Fischmarkt 1 II, zwisch. Breitstraße u. Stadtsparkasse (Beer). — NB. Plüschsachen, Kanin und Hasen führe ich nicht.

Pelz-

Kragen, Muffen, Mäntel u. Füchse, Nerz, Iltis, Seebisam zu besond. billigen Preisen.

Pelzwaren-Fabrik

Leipziger Str. 58 (nahe Spittelmarkt), Kein Lad. 1 Treppe. Sonntag v. 12-8 geöffnet.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zellstoffe, Fahrradmäntel, Füll usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähmaschine Stepperin D.R.G.M.

Solide, beste Konstruktion. Nähstreichlich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2,50 mit Nadelsticherei und Leinwand, verpackt und postfrei.

In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch

Joh. Zucker

Stuttgart-Botnang.



Es zieht!

Wie leicht holt man sich dabei eine Erkältung oder doch wenigstens eine lästige Heiserkeit.

Mäblynet TABLETTEN

schützen davor, denn sie erhöhen den Speichelfluß und beugen so, auf natürliche Weise desinfizierend, den Folgen einer Erkältung vor. Sie enthalten keine Mineralien und wirken daher nicht fäurend, sondern eher günstig auf die Verdauung.

Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.— Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wybert“.

H. Esders & Dyckhoff

BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Bekleidungshaus BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz

Noch preiswertes Angebot in fertigen

Winter-Ueberziehern

Herren- und Jünglings-Anzügen
Schlafrocken und Hausjoppen

Zu Weihnachts-Bescherungen
einen Posten solider Kinder-Anzüge
Damen-Kleider und -Mäntel

Geschäftszeit: 8 1/2-7 1/2 Uhr, Sonntags 12-8 Uhr

Fordern Sie

beim Einkauf von Karmelitergeist in den Apotheken und Drogerien stets

ausdrücklich Carmol

Carmol tut wohl.

Ist Carmol in der von Ihnen in Anspruch genommenen Verkaufsstelle nicht zu haben und wird Besorgung abgelehnt, so wenden Sie sich bitte an uns, wir veranlassen dann, daß Sie Gewünschtes erhalten.

Carmol-Fabrik, Rheinsberg, Mark.

Gegründet 1876

Möbelfabrik Rob. Seelisch

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.

154 Musterräume.

Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.